

Wildcat-Zirkular

Nr. 65 Februar 2003

3 Euro



Beilage:

Gilles Dauvé / Karl Nesic
**Lieben die ArbeiterInnen
die Arbeit?**

Großbritannien: Haben sich
KriegsgegnerInnen und streikende
ArbeiterInnen was zu sagen?



Inhalt

Wildcat-Zirkular 65, Februar 2003

Editorial: Muddling through	3
Der Streik der Feuerwehrleute und andere »hot spots« in Großbritannien	7
»Utopistik«: Plädoyer für die Weltrevolution	15
Das Ende der Entwicklungsdiktaturen: die neue Unübersichtlichkeit	18
Zu den Hintergründen der Ereignisse in Venezuela	28
Revolutionäre Situation in Argentinien?	35
Der Schrei und die Arbeiterklasse	48

Kontakte:

Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln – wildcat@wildcat-www.de

Shiraz e.V., Postfach 60 13 28, 14413 Potsdam

Welt in Umwälzung www.umwaelzung.de – suba@wildcat.rhein-neckar.de

Regionale Kontakte: freiburg@wildcat-www.de • leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de • potsdam@wildcat-www.de • stuttgart@wildcat-www.de

Archiv: <http://www.wildcat-www.de>

Abos: Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren.

Einzelexemplare kosten 3 Euro, 6 Ausgaben im Abo 15 Euro.

Schriftliche Bestellungen an Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln, und Überweisung
an: Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50. V.i.S.d.P.: P. Müller

Bevor jetzt wieder alle über geostrategische Ziele, Kollateralschäden, NGOs, Giftgas und ähnlich ekliges Zeug reden, ein paar Zahlen zu den harten Hintergründen, vor denen sich die ganze Scheiße abspielt.

Muddling through

Durchwurschteln, anders läßt sich die »Wirtschaftspolitik« der USA nicht mehr auf den Begriff bringen. Als die Börse im Oktober 2002 auf das niedrigste Niveau seit fünf Jahren fiel, versuchten die Fed und die Bushregierung den sofortigen Crash durch Liquiditätsmangel zu vermeiden. Das taten sie, indem sie dem Finanzsystem noch mehr Geld zur Verfügung stellten. Die US-Regierung warf die Notenpresse an, die Fed senkte noch einmal die Zinsen (sie liegen jetzt real – also in bezug zur Inflation – in der Gegend von 0%). Das muß als weiterer Wendepunkt in Richtung einer drohenden Inflationsblase gesehen werden. Es ist eine gigantische Neuauflage des Manövers, das man seit der Liquiditätskrise von 1970 mehrmals – und bisher mit Erfolg – benutzt hat. In der Tat sind nur zwei Alternativen offen geblieben: Inflationsblase und dann Zusammenbruch, oder sofortiger (deflationärer) Zusammenbruch.

»Greenspan's Medikamentenkoffer ist leer« (Los Angeles Times)

Historisch niedrige Zinsen und ein Immobilienbubble kennzeichnen die wirtschaftliche Lage in den USA. Die Wertsteigerungen bei Eigenheimen haben etwa ein Drittel der gigantischen Verluste an den Aktienbörsen wettgemacht. Die Eigenheimbesitzer unter den hochverschuldeten US-amerikanischen »Konsumenten« (zu ihnen kommen wir gleich) konnten sich also reicher fühlen und mußten weniger Zinsen zahlen. Im Durchschnitt haben sie zwei Dinge daraus gemacht: den Kredit aufs Haus gekündigt und einen neuen zu niedrigeren Zinsen abgeschlossen und das »zusätzliche verfügbare Einkommen« nicht in den schnelleren Abbau der Schulden, sondern in mehr Konsum gesteckt! Zweitens haben sie weitere Schulden aufgenommen (die Banken nehmen Hypotheken als Sicherheiten und geben somit bei steigenden Immobilienpreisen auch höhere Kredite). Damit hatten die amerikanischen

»Verbraucher« im letzten Jahr 170 Mrd. Dollar mehr in der Tasche. Das ist fast das Doppelte von dem, was Bush in den nächsten zwei Jahren mit seinem »Konjunkturprogramm« den Superreichen schenken will (auch das ein zusätzliches Anwerfen der Notenpresse).

Insgesamt bleibt unsere Analyse aus dem Zirkular 56/57 gültig, die von einem Kreditbubble sprach, will sagen: Internet- und Immobilienbubbles kommen und gehen, bzw. füllen sich und platzen, aber das darunterliegende Muster ist eine Kreditblase – die Schulden (der »Konsumenten«, der Unternehmen, der US-amerikanischen Volkswirtschaft) steigen ins Unermeßliche.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter, die Investitionen sinken weiter, die Verschuldung steigt ... die »Konsumenten« werden immer wichtiger: statt wie üblich zwei Drittel machten die Konsumausgaben in den USA im Jahr 2002 vier Fünftel des Bruttosozialprodukts aus. Es wird also weniger Kapital akkumuliert, was wiederum an den nach wie vor niedrigen Profiten liegt. Bush verkauft seine Steuerpläne (Abschaffung der Besteuerung der Dividenden) mit der Hoffnung, das zusätzliche Geld werde dann investiert und Arbeitsplätze schaffen – aber aufgrund der sinkenden Profiterwartungen wird es irgendwohin fließen, nur nicht in die Produktion von Mehrwert.

Denn sie wissen was sie tun (Doug Noland)

Ein bekannter US-amerikanischer Börsenanalyst schrieb in seinem Jahresrückblick, er habe in den letzten Jahren immer gedacht, er müsse Greenspan & Co. erklären, in welcher dramatischer Situation die US-amerikanische Volkswirtschaft sich befindet – er habe jetzt verstanden, daß Greenspan & Co. das wissen. Und daß sie das, was sie unternehmen, deshalb unternehmen, weil sie wissen: Deflation oder Inflation – deflationärer Krach oder Inflationsblase; jetzt die Rechnung präsentieren oder nochmal aufschieben – aber was ist der Preis?

... und wie steht der kommende Krieg dazu

Das englische »muddle« kommt aus dem Mittelniederdeutsch »Mudde«, was eine Bodenart, Moder bezeichnete, muddle trough heißt also auch sich durchwühlen – und könnte für die zweite krisenaufschiebende Maßnahme der US-Regierung stehen: Bodentruppen im irakischen Sand.

Bushs Politik steht für die Kontrolle über den Ölpreis und neue Militärausgaben. Auf kurze Sicht könnte mit einem niedrigen Ölpreis eine Erholung

der westlichen Ökonomien 2004 erreicht werden (alle Wirtschaftsexperten, die jetzt mit zerfurchter Stirn vom »Aufschwung im Jahr 2004« sprechen, rechnen dabei schon mit extrem niedrigen Energiepreisen). Wobei ein niedriger Ölpreis lediglich die Krise dämpfen kann, und keinen neuen Zyklus wird ankurbeln können.

Bei der Kontrolle über das irakische Öl geht es für die USA nicht einfach um eine Bereicherung, die Aneignung der Ölrente. Auch ohne die unmittelbare Aneignung von Gewinnen aus der Ölförderung spielt der Ölmarkt eine entscheidende Rolle für die Fähigkeit der USA, weiter wie bisher die Notenpresse anwerfen zu können – womit sie den weiteren Zustrom von Kapital aus dem Ausland sicherstellen will. Dieser Zustrom beruht darauf, dass einige zentrale Waren – wie z.B. Öl – auf dem Weltmarkt in Dollar gehandelt werden. Solange dies so bleibt, behält der Dollar seine hegemoniale Stellung als das faktische Weltgeld. Alle Länder müssen unter diesen Bedingungen große Mengen an Dollarreserven halten, um ihre Importe finanzieren zu können. Und umgekehrt sorgen sich die Exportnationen um einen stabilen Dollar, intervenieren zu dessen Stützung, um ihren wichtigsten Exportmarkt – die USA – nicht zu verlieren.

Möglicheweise geht es daher bei dem geplanten Krieg gar nicht in erster Linie um die Eroberung Bagdads und den Sturz des Regimes. Ein anderer Börsenanalyst malte folgendes Szenario aus: die USA besetzten lediglich die Ölfelder und richten einen Fonds unter UN-Aufsicht zum »Wiederaufbau« des Iraks ein, der aus den irakischen Ölexporten unter US-Regie gespeist wird. Wo wird wohl dieser Fonds seine Gelder anlegen?

Egal welche Pläne tatsächlich hinter dem Irak-Feldzug stehen – die Dringlichkeit dieses Krieges ergibt sich daraus, dass es mittelfristig keinen Ausweg aus dem Krisendilemma gibt. Mit gigantischen Steigerungen der Militärausgaben setzt die US-Regierung auf das letzte Mittel, das ihr bleibt, um die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland sicherzustellen: ihre militärische Dominanz und die Fähigkeit, darüber die anderen Industrieländer hinter sich zu bringen. Den ökonomischen Niedergang forciert sie damit aber zugleich.

Bankenkrach in den USA?

Sollten die Zinsen wieder steigen, könnten jene »Konsumenten« Probleme kriegen, die die derzeit niedrigen Zinsen zu teuren Anschaffungen genutzt haben. Da aber die Banken über ihre aberwitzigen »Konsumentenkredite«

tief in der Sache drinhängen, würde ein Zusammenbruch des Immobilienmarkts wie in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu einem Bankenkrach führen (Savings-&-Loans-Krise der 80er Jahre) – allerdings in einem vielfach stärkeren Ausmaß. Damals führte der Immobiliencrash direkt in die Rezession von 1991. Damals hieß der Präsident Bush und war gerade mit einem Krieg im Irak befasst. Die Rezession kostete ihn die Wiederwahl – das was diesmal an Krisendynamik möglich ist, würde seinen Sohn sicherlich stärker in Mitleidenschaft ziehen.

Zwischenzeitlich wird Lateinamerika zu einem Pulverfaß. Wir haben in diesem Heft zwei Artikel zur Situation in **Venezuela** und zur Bewegung in **Argentinien**; dazu kommt Mexiko, Kolumbien, Brasilien, Uruguay ... Der Zusammenhang der anderen Artikel ist offensichtlich und muß hier nicht weiter erklärt werden. Hier soll ein anderer Zusammenhang aufgespießt werden: im Vergleich zur Situation in Amerika geht's uns doch noch spitze, sollte man meinen. Aber falsch gedacht: die Rechten rufen zum Aufstand gegen die »linke« Regierung, viele Großstädte sind pleite, die Arbeitslosigkeit steigt und steigt und insgesamt fühlen sich alle so richtig Scheiße:

»Deutschland Weltmeister in Sachen Pessimismus

(dpa 13.1.2003) – In keinem Land der Welt blickt die Bevölkerung so pessimistisch ins Jahr 2003 wie in Deutschland. Das habe eine Umfrage im Auftrag des Weltwirtschaftsforums in Davos ergeben, berichtet die Tageszeitung »Die Welt«. Nur 13 Prozent der Deutschen glaubten, die Welt entwickle sich in eine positive Richtung. Damit liege Deutschland unter den 15 an der Umfrage beteiligten Ländern auf dem letzten Platz. Im Vorjahr hätten noch 23 Prozent der Deutschen optimistisch in die Zukunft geblickt.«



Übrigens wollten wir auch nicht länger hintanstellen: wir maddeln jetzt auch: in diesem Zirkular geht alte, neue und nicht so alte Rechtschreibung kreuz und quer durcheinander – oder wie neulich jemand sagte »wir müssen das Für und Wieder gründlich abwägen!«

Der Streik der Feuerwehrleute und andere »hot spots« in Großbritannien

1. Bewegungen gegen den Krieg

Die Kriegsmaschine läuft, Anfang 2003 droht ein neuer Krieg am Golf. Aber die Kriegsvorbereitungen der USA und Großbritanniens mußten in den letzten Monaten nicht nur mit außenpolitischen Problemen kämpfen, sondern auch mit Klassenkonflikten im eigenen Land. Die US-Regierung mußte die Streiks bzw. Aussperrungen in den Häfen an der Pazifikküste im Herbst 2002 und die Streiks bei der New Yorker U-Bahn im November 2002 mit Gesetzesdekreten aussetzen. In Großbritannien sorgte der Streik der Feuerwehrleute Ende 2002 dafür, dass sich die Armee auf museumsreifen Löschfahrzeugen als Streikbrecher betätigte, anstatt sich ordentlich auf den Krieg vorzubereiten, womit Blair dann auf dem Prager NATO-Gipfel auch negativ auffiel.

Folgender Bericht über diesen Streik und seine Hintergründe macht Hoffnung darauf, dass die Klassenbewegungen an unerwarteter Stelle Sand ins Getriebe der Kriegsmaschine streuen können ...

2. Die Labour-Regierung hat ihren Kredit verspielt

Die britische Regierung steht vor ähnlichen Problemen wie Schröder & Co.: Die staatlichen Kassen sind leer, das Rentensystem ist angeschlagen, Privatisierungsprojekte z.B. beim Schienennetz mussten zurückgefahren werden, Unternehmenspleiten wie zuletzt die von British Energy häufen sich. Die anfänglichen Erwartungen auf Seiten der ArbeiterInnen sind breiter Desillusion gewichen. In der Krise verengen sich die Spielräume von Zugeständnissen: so hat die Regierung zwar einem Extra-Paket für Militärausgaben zugestimmt, muss den ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor aber eine reale Null-Runde reindrücken. Das sorgt für Ärger, die Streiks im öffentlichen Sektor haben in der letzten Zeit zugenommen, die Medien sprechen von einem möglichen neuen »Winter of Discontent«, einer Wiederkehr der Situation des Winters von 1979, als ganz England von einer Streikwelle erfasst wurde. Allein im Winter 2002 kam es zu folgenden Streiks:

- Mehrere eintägige Streiks der LehrerInnen für eine höhere London-Zulage.
- Ebenfalls in London wurde die U-Bahn einige Tage bestreikt.
- Die Londoner Straßenreiniger und andere kommunale Beschäftigte streikten für höhere Löhne.
- Die Uni-Angestellten streikten für höhere Löhne und gegen die Folgen der Privatisierung.
- Bei der Post stimmten 95 Prozent für einen Streik gegen die Privatisierung eines weiteren Teils des Unternehmens. Zusätzlich sorgte ein wilder Streik dafür, dass die Privatisierungspläne erst mal vom Tisch sind.
- In der Lohnauseinandersetzung bei der privaten Eisenbahngesellschaft Arriva waren die ArbeiterInnen zum zweiundzwanzigsten Mal im Ausstand. Im Dezember streikten zeitgleich auch die Leute bei der Northwestern Trains.
- In Glasgow streikten U-Bahn-ArbeiterInnen wild, da sie nicht zusätzlich noch die Videoüberwachung der Bahnsteige übernehmen wollten. Ebenfalls in Glasgow gab es einige Unruhe in den Krankenhäusern gegen die weiteren Einsparungen beim NHS (National Health Service). Frauen in Wales besetzten ihre Badeanzugsfabrik, da ihnen seit geraumer Zeit kein Lohn gezahlt wurde. Etwa 500 Beschäftigte des Schiedsgerichts der Midlands streikten zum ersten mal, seitdem Richard I. im Jahr 1195 dieses Gericht eingesetzt hatte.
- Die wohl wichtigste Auseinandersetzung war der Streik der 55 000 britischen Feuerwehrleute, die für 40 Prozent mehr Lohn und gegen diverse »Rationalisierungsmaßnahmen« die Schläuche niederlegten. Zumindest während der ersten Streikaktionen gab es zeitgleich Arbeitsniederlegungen in anderen Bereichen (U-Bahn, LehrerInnen, städtische ArbeiterInnen), es bestand berechnete Hoffnung, dass der Kampf der firefighters ein Focus für die generelle Unzufriedenheit werden könnte. Dazu jetzt mehr ...

3. Der Streik der Firefighters

Der Hintergrund

Die Auseinandersetzung begann im Herbst 2002, als die Feuerwehrgewerkschaft FBU 40 Prozent mehr Lohn forderte, was das jährliche Einkommen von 21 000 auf 30 000 Pfund erhöhen würde. Diese Forderung steht auch im Licht der Tatsache, dass sich im letzten Jahr die Regierungsabgeordneten

selbst eine 40-prozentige Lohnerhöhung verpassten, denn, so Regierungsvertreter Robin Cook: »*Gute Arbeit sollte auch gut bezahlt werden*«.

Mehr als 90 Prozent der ArbeiterInnen stimmten für Streik, in Nord Irland waren es 97 Prozent, »*die größte Zustimmung für einen Streik seit Einführung des union balloting law [ähnlich der Urabstimmung in der BRD]*«, so verkündete die FBU. Seit dem letzten Streik der Feuerwehrleute 1977 wurden Lohn und Lohnerhöhungen an denen der Facharbeiter in der Industrie orientiert, was mit dem Niedergang in diesem Bereich auch ein Einfrieren des Lohns der Feuerwehrleute bedeutete. Dies führte dazu, dass sich viele Feuerwehrleute das Leben in den größeren Städten nicht leisten können, sie verbringen so täglich oft Stunden im Pendelverkehr oder müssen sich Zweitjobs suchen. Ein weiterer Grund für den Streik sind die angekündigten Umstrukturierungsmaßnahmen (s.u.).

Zu Anfang wurde der Streik verschoben, da die FBU mit den lokalen Behörden, sprich den offiziellen Arbeitgebern in Verhandlung trat. Schließlich kam es im Dezember 2002 zu zwei achttägigen Streikaktionen. Weitere geplante Aktionen wurden von der FBU in Aussicht auf Verhandlungen über eine 16prozentige Lohnerhöhung ausgesetzt, ohne die Mitglieder nochmals zu befragen.

Der Rationalisierungsangriff

Die Regierung hat eine sogenannte »Bain-Kommission« beauftragt, sich Gedanken über die Modernisierung des Sektors zu machen. Dabei kam heraus, dass die Feuerwehrleute in Zukunft auch Aufgaben der Not-Ambulanz übernehmen, sich die Notzentralen mit der Ambulanz teilen und auch nach Schichtende abrufbereit sein sollen. Das Schichtsystem und damit über Jahre bestehende soziale Zusammenhänge sollen generell zerrupft werden. Auch sollen schlechter bezahlte Teilzeitkräfte eingestellt werden können. Die Regierung will erst dann über eine Lohnerhöhung sprechen, wenn die geltenden Verträge hinsichtlich dieser »Modernisierungsschritte« geöffnet werden. Die Umsetzung dieser Maßnahmen würde den Weg für die Streichung von 20 Prozent der bestehenden Arbeitsplätze freimachen. Die Feuerwehrleute an den Feuertonnen betonten, dass sie auch aus Sicherheitsgründen gegen die Vorschläge der Bain-Kommission streiken würden. Bain will einige Stationen nachts schließen lassen, ihre Dienste müssten von anderen Stationen dann zusätzlich übernommen werden. Die Feuerwehrleute schätzen das als Sicher-

heitsrisiko ein. Sie sagten, dass die Medienhetze (*»Feuerwehrstreik gefährdet Leben«* etc.) auch deshalb an die Nieren geht. Erstens sei ihnen die Entscheidung für den Streik nicht leichtgefallen, und zweitens würden sie gerade gegen Einsparungen bei der Sicherheit streiken.

Die Organisation

Die Organisation vor Ort wird von den lokalen Gewerkschaftsgruppen übernommen, was zu recht unterschiedlichen Resultaten führt, je nach *»Militanz«* der örtlichen Funktionäre. Ausschlaggebend für die Geschlossenheit unter den Feuerwehrleuten ist ihre enge Zusammenarbeit. Sie arbeiten seit Jahren in denselben Schichten zusammen, oft entsteht auch ein enger Kontakt zu anderen Feuerwehrstationen.

Die Feuerwehrstationen wurden zum Anlaufpunkt für die Streikenden und für viele Solidaritätsbekundungen. Die Feuerwehrleute stehen an Feuer- tonnen vor den meist an Hauptstraßen gelegenen Stationen, viele Leute kommen vorbei, andere drücken ihre Unterstützung im Vorbeifahren aus. Eine große Tageszeitung veröffentlichte eine Art Hitparade *»Beeps per minute«*, soll heißen: an welcher Feuerwehrstation hupen die meisten vorbeifahrenden AutofahrerInnen als Zeichen der Solidarität. Die Streikenden zu besuchen ist angesichts der Medienhetze besonders wichtig. Der Streik entwickelte seine eigenen Geschichten: ein Mädchen feierte seinen dreizehnten Geburtstag in einem Restaurant neben einer bestreikten Feuerwehrstation, die Party zog samt Geburtstagstorte zur Station, die Feuerwehrleute sangen *»Happy Birthday«* und das Mädchen bekam ein Foto zusammen mit ihren *»Helden«*. Apropos *»Helden«*: die Schokoladensorte *»Heroes«* avancierte zu einem der Hauptmitbringsel der Streik-BesucherInnen. In kurzer Zeit entstanden auch viele lokale *»Unterstützungsgruppen«*, wobei diese Initiative vor allem von lokalen Vertretungen verschiedener Gewerkschaften und der *Socialist Workers Party* ausging. Die *picket-lines* wurden bisher nicht in feindlicher Weise übertreten. Die Regierung verkündete zunächst, dass die Armee sich der Gerätschaften der Feuerwehr bemächtigen solle, ließ dann aber von diesem Plan ab (s.u.).

Die Auswirkungen

Um den Streik zu diskreditieren, stürzten sich einige Medien auf jedes zu beklagende Brandopfer. Es sei dahingestellt, ob während des Streiks tatsächlich

mehr Menschen ums Leben oder die Gesundheit kamen. Auch die Regierung änderte ihre Strategie dahingehend, dass sie nach der anfänglichen Hysteriekampagne behauptete, die 19 000 Soldaten mit antiquierten Feuerlöschzügen würden den Dienst ebenso effizient verrichten, wie die 55 000 Feuerwehrleute zuvor. Die Medien berichteten von folgendem Ereignis in Manchester, das sich ähnlich vielleicht auch an anderen Orten abspielte: in unmittelbarer Nähe einer bestreikten Feuerwehrstation geriet ein Lager mit Feuerwerkskörpern in Brand, die streikenden Feuerwehrleute rückten aus, um einem Lagerarbeiter das Leben zu retten, überließen das Gebäude dann aber den Flammen bzw. einem unfähigen Militäreinsatz.

Während des Streiks bestand für viele ArbeiterInnen die rechtliche Möglichkeit, die Arbeit in »unsicheren« Arbeitsbereichen zu verweigern, insgesamt machten aber wohl nur wenige von diesem Streikangebot Gebrauch. Die Gewerkschaft der TransportarbeiterInnen TUC rief dazu auf, während der Streiktage einige Stunden für Sicherheitsunterweisungen zu verwenden. In London wurden 19 U-Bahn-Stationen geschlossen, gegen den Willen des Managements. Die Feuerwehrakademie in Moreton weigerte sich, Soldaten für den Feuerwehrdienst anzulernen. Zum jetzigen Zeitpunkt nach den ersten beiden Streikaktionen wird deutlich, dass sich die anfänglichen zeitgleich ablaufenden Streiks in anderen Teilen des »öffentlichen Sektors« wohl nicht ausdehnen werden, wozu auch die Strategie der Gewerkschaft FBU ihren Teil beigetragen hat.

Die Army

Wie bereits angedeutet, befand sich die englische Armee vor und während des Feuerwehrstreiks in Vorbereitung auf einen Angriff auf den Irak. Die Regierung erhöht die Militärausgaben, hat für die ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor keine Kohle und setzt dann die Armee als Streikbrecher gegen sie ein ... das ist schon eine brisante Konstellation! Zudem fand im November in London die größte Anti-Kriegsdemo seit Anfang der 80er Jahre statt, vielleicht auch ein Zeichen einer allgemeinen Unruhe, die über die »pazifistische« Forderung »Kein Angriff auf den Irak« hinausgeht. Dass sich die Herrschenden der Brisanz der Lage bewusst sind, verdeutlicht folgendes Zitat aus der *Financial Times*: »Beunruhigend ist auch, dass ein ausgedehnter Streik in die Vorbereitungsphase eines Irak-Einsatzes fallen und die Feuerwehrleute so einen größeren Lohnzuwachs erreichen könnten. Die Armee-

spitze fürchtet, dass dann die Lohnunterschiede zwischen Feuerwehr und Armee deutlich zu Tage träten, was wiederum einige Soldaten dazu bewegen könnte, ihren Dienst zu quittieren, wie es schon während des letzten Streiks vor 25 Jahren der Fall war«. Auch Admiral Sir Michael Boyce ließ verlauten: »Ich kann keine 19 000 Soldaten für solche Einsätze [Streikbruch] aus dem Hut zaubern«.

Insgesamt setzte die Regierung 19 000 Soldaten als Feuerlöscher ein. Anfänglich wurde in den Medien noch darüber spekuliert, ob die Soldaten die Streikkette durchbrechen und sich die modernen Löschfahrzeuge aus den Stationen holen sollten. Dabei kam es in den Fernsehnachrichten zu interessanten Diskussionen über das Wesen des Eigentums: *»Formal gehören die Fahrzeuge privaten Unternehmen, die diese an die lokalen Behörden verleasen. Im Sinne der abstrakten Allgemeinheit und für ihren Dienst gehören sie aber dem Staat, die Armee hätte also das Recht, sich die Fahrzeuge zu holen. Im praktischen alltäglichen Sinne gehören sie aber den Feuerwehrleuten, denn nur sie wissen, wie die Fahrzeuge und Gerätschaften zu bedienen sind«.* Neben der Angst der Regierung vor einer Zuspitzung der Situation angesichts eines tatsächlichen militärischen Einsatzes gegen Teile der Arbeiterklasse entschied auch die Haltung der Feuerwehrleute, dass die Armee letztendlich die Finger von den Feuerwehrstationen ließ. Vertreter der Feuerwehrleute machten klar, dass sie die Fahrzeuge nicht mehr benutzen würden, wenn die unqualifizierten Soldaten einmal daran herumgepfuscht hätten. So musste die Army weiter mit ihren 50er Jahre Vehikeln Dienst schieben. Im Fernsehen sah mensch Soldaten in Liverpooles Vororten, wie sie verzweifelt versuchen, einen brennenden Kleinwagen zu löschen, umringt von amüsierten Kids ...

Die Regierung und die Medien

Die Regierung muss also aus verschiedenen Gründen eine harte Linie fahren. Eine 40prozentige Lohnerhöhung wäre einfach zu ansteckend, kämpfen darf sich nicht lohnen. Sie erklärt die FBU zum schwarzen Schaf der Gewerkschaftsbewegung, was auch zur Folge hat, dass der Konflikt in der öffentlichen Diskussion nicht als Auseinandersetzung zwischen ArbeiterInnen und Bossen gehandelt wird, nicht als Kampf für mehr Geld und gegen verschärfte Ausbeutung, sondern als Schaukampf zwischen »veralteter Gewerkschaftshaltung« und einer verhandlungsunwilligen Regierung. Die in den

liberalen Medien gezogenen Parallelen zum »Winter of Discontent« 1979 und dem Bergarbeiterstreik 1984 gehen in die gleiche Richtung: die »Englische Krankheit« Ende der 70er brachte uns den Thatcherismus ein, also bitte zurück an den Verhandlungstisch.

Die Gewerkschaft

Die FBU nimmt das Image des *awkward squad* an und reproduziert es. Als *awkward squad* werden die »rigideren« Sektoren und ihre weniger »flexiblen« Gewerkschaften bezeichnet, besonders die des öffentlichen Sektors, wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad mit 65 Prozent rund 45 Prozent über dem des privaten Sektors liegt. Zu Anfang des Streiks tat der Bezug auf die Tradition des *awkward squad* auch seine symbolische Wirkung, war Teil des Gefühls der Solidarität: »Die mutigen Jungs zeigen es Blair, sie fordern mehr Geld, was wir alle brauchen« . Gleichzeitig werden bereits die Grenzen dieser »Militanz« sichtbar: sie ist die »Militanz« einer bestimmten Berufsgruppe. Wie schon 1984 die NUM (Bergarbeitergewerkschaft) so verbreitet die FBU heute die Illusion, dass sich »ihre besondere Berufsgruppe« zusammen mit der »öffentlichen Unterstützung« durchsetzen kann.

Die »öffentliche Unterstützung« in Form von Unterschriften und »Solidaritätsstreiks« anderer Gewerkschaften ist aber bereits Zeichen und Akzeptanz der notwendigen Isolation des Streiks, notwendig im Hinblick auf Anerkennung als gewerkschaftlicher Vertreter und Partner für zukünftige Verhandlungen. In Gesprächen mit Feuerwehrleuten während der ersten Streikaktion erklärten diese die 40-Prozent-Forderung mit den hohen Lebenshaltungskosten, mit dem Elend, nach der Schicht noch zum Nebenjob gehen zu müssen. Diese Situation teilen sie mit den meisten ArbeiterInnen. Die FBU hingegen rechtfertigte die Forderung mit der besonderen Qualifikation und Stellung des Berufsstands, den sie mit dem von Polizisten und Ärzten vergleicht. Dann begann das übliche Spiel: angekündigte Streikaktionen wurden von der Gewerkschaftsspitze abgeblasen, die 40 Prozent schmolzen auf 16 Prozent verteilt über drei Jahre, auch wurden durch die Verhandlungen über »Modernisierungsschritte« die Spaltungen innerhalb der Feuerwehr verstärkt, z.B. zwischen »Reservefeuerwehrleuten« und permanenten, zwischen ArbeiterInnen in den Anrufzentralen und denen auf den Löschtrupps. Auch »politisch« griffen die diversen »militanteren« Gewerkschaftsführer der FBU und TUC das gesellschaftliche Unbehagen des

Winters auf ihre Weise auf. So sprach Gilchrist von der FBU des öfteren von der Notwendigkeit einer »Real Labour« -Regierung und ähnlichen Vorstellungen aus dem trotzkistischen Nähkästchen.

Wie geht's weiter?

Trotz aller Symbolik und Begrenzungen hat der Feuerwehrstreik etwas aufgebrochen, in ihm schien der Zusammenhang von Krise, Krieg, Politikverdrossenheit und sozialen Auseinandersetzungen greifbar zu werden. Es wird sich zeigen, ob ArbeiterInnen in anderen Bereichen sich in dem Feuerwehrkonflikt wiederentdecken können – so tauchte die 40-Prozent-Forderung zumindest verbal auch während eines Streiks von Straßenreinigern in London auf. Ein Problem der momentanen Situation finden wir auch in den Auseinandersetzungen in anderen europäischen Ländern: die Beschäftigten im öffentlichen Sektor kämpfen, aber im privaten Sektor bleibt es bis auf einzelne Abwehrgefechte ruhig.

Wir sollten sowohl die Möglichkeit diskutieren, dass diese Streiks durch den Konflikt mit dem Staat als Arbeitgeber unmittelbar »politische« Auswirkungen haben und der vagen »Politikverdrossenheit« einen offensiveren Drive geben können; als auch die Gefahr, dass sie im Sinne der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Illusion als Druckmittel für einen »besseren Sozialstaatumbau« instrumentalisiert werden, so wie wir es während der 2002-»Generalstreiks« in Italien, Spanien und Portugal oder bei den ver.di-Warnstreiks im Dezember sehen konnten.

Entgegen diesem Sinne: *Angry New Year*

»Utopistik«: Plädoyer für die Weltrevolution

– Ein Lesetipp –

Die alte Linke betrachtet die Welt aus dem Blickwinkel ihres eigenen Zerfalls. Deshalb wird alles immer schlimmer, ein Angriff des Kapitals jagt den anderen und jedesmal ist er »ohne geschichtliches Beispiel«, der »schärfste«, den es je gab usw. ... In dem schmalen Bändchen Utopistik zeigt Immanuel Wallerstein in welchem Maße 1968 (zusammen mit 1989) tatsächlich eine Weltrevolution war – und welche Folgen dies bis heute hat. Dies wirft nebenbei die Frage auf, wie eine Konsequenz dieser Revolution (niemand glaubt mehr an den Staat) auch eine Ursache für die Krise der staatsfixierten Linken ist.

In der ersten der drei Vorlesungen von 1997 umreißt Wallerstein die Resultate seiner Forschungen zum kapitalistischen Weltsystem: der globale Kapitalismus braucht zwar die Nationalstaaten als absichernde Machtstrukturen, er greift aber von Anfang an über sie hinaus und umspannt den gesamten Globus. Der Real-Soz war kein Gegenpol, sondern Teil des Weltsystems. Da der Kapitalismus als Weltsystem existiert, kann es auf nationaler Ebene keine Revolutionen geben, also Umbrüche, die der langfristigen Entwicklung des Systems eine andere Richtung geben. Demzufolge streitet er sowohl der französischen wie der russischen »Revolution« ihren Charakter als Revolutionen in Bezug auf den Kapitalismus ab, da sie auf ein Land begrenzt blieben und die Situation der Klasse nicht wesentlich verändert haben. Wirkliche Weltrevolutionen erkennt er in der Gleichzeitigkeit der vielen Aufstände von 1848 und der von 1968.

Das langfristige Ergebnis der Weltrevolution von 1848 war die Herausbildung eines ideologischen Dreigestirns: Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus. Obwohl sich diese Ideologien im Tagesstreit bekämpften, waren sie doch verbunden im gemeinsamen Bezug auf den Staat – sei es als Hüter der Ordnung oder als Hebel für die gesellschaftliche Veränderung. Auf diese Weise trugen alle drei zur Stabilität des Kapitalismus bei, denn die Konzentration auf den Staat versprach den Proletariern überall auf der Welt eine Verbesserung ihrer Situation, ohne den grundlegenden Mechanismus

dieses Weltsystems, die Priorität endloser Kapitalakkumulation, in Frage stellen zu müssen.

Langfristig und im Weltmaßstab betrachtet bedeutete 1968 einen welthistorischen Bruch mit der Fixierung auf den Staat. Liberalismus wie Sozialismus verloren unwiderbringlich ihre Fähigkeit, das nach wie vor starke Verlangen nach einer besseren Welt auf die Macht des Staates zu lenken. Die Versprechungen der sozialdemokratischen Reformen in den Metropolen verloren ebenso ihre Glaubwürdigkeit wie die Entwicklungsprogramme der Regimes in der Peripherie. Und damit schwindet die Vorstellung, die Kontrolle oder Übernahme der Staatsmacht könne irgendetwas zum Besseren wenden – die Mobilisierungen in Argentinien 2002 stehen genau vor dieser Frage.

Die Perspektive der »verschwommenen Antistaatsideologie«, von der Wallerstein spricht, ist nicht eindeutig positiv besetzt – die zweite Vorlesung heißt »Der schwierige Übergang oder die Hölle auf Erden«. Er sieht keinen Automatismus hin zu einer besseren, nachkapitalistischen Gesellschaft – aber auch keine Perspektive mehr für das kapitalistische Weltsystem. Die Ideologie des Neoliberalismus, die nach 1989 als Triumph des Kapitalismus und »Ende der Geschichte« daherkam, entmystifiziert Wallerstein als vergeblichen Versuch, die Krise des Kapitalismus aufzuhalten. Sicherlich hat der Neoliberalismus auf kurze Sicht für einige Gruppen von ArbeiterInnen eine Verschlechterung ihrer Situation bedeutet. Aber er kann das Rad der strukturellen Veränderungen nicht zurückdrehen: aufgrund der »Entagrarisierung der Welt« gelingt es immer weniger, das Gefälle zwischen der Macht starker und schwacher Gruppen von ArbeiterInnen zur Senkung der Lohnkosten auszunutzen. Dadurch nimmt die »Verhandlungsmacht der Arbeiter *weltweit* zu«, was zu einem globalen Trend des Anstiegs der Lohnkosten geführt hat. Dies gilt auch für die indirekten Lohnkosten wie den Sozialstaat, dessen Ausgabenvolumen trotz aller Thatchers und Reagans nicht eingedämmt werden konnte.

Wallerstein räumt auch mit einem anderen Mythos über den Neoliberalismus und die Globalisierung auf. Während die Linke die abnehmende Stärke der Staaten auf ihre Ohnmacht gegenüber einem global agierenden Kapital zurückführt (und sich dann oft zum Verteidiger des Nationalstaats und seiner »Souveränität« macht), betont Wallerstein, dass gerade die transnationalen Unternehmen starke Staaten zur Absicherung ihrer Geschäfte brauchen. Die Wurzel der weltweiten Entlegitimierung der Staaten sieht er im Verhalten der

ArbeiterInnen, die von allen staatlichen Entwicklungsmodellen enttäuscht sind, sei es die westliche »soziale Marktwirtschaft«, das sowjetische Modell oder die Entwicklungspolitik in der »Dritten Welt«. Dies macht den Umbruchscharakter der heutigen Zeit aus: dass die Ablehnung der Staaten vom weltweiten Prozeß der Proletarisierung ausgeht.

Bei allen Schwächen, die das Bändchen im einzelnen hat (insbesondere der dritte Teil, in dem er ein wenig attraktives Bild einer nachkapitalistischen Gesellschaft aus dem Blickwinkel des Gesellschaftsplaners zeichnet), hier läßt sich viel lernen! Wallersteins Analyse ist ein Appell, sich jenseits der staatlichen Politik auf die Prozesse zu beziehen, in denen der Untergang des globalen Kapitalismus besiegelt ist. Bei allem Strukturalismus und Determinismus, den man Wallerstein vorgeworfen hat, im Zentrum dieser Prozesse sieht er die Proletarier dieser Welt agieren.

Immanuel Wallerstein:

Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts,
Promedia Wien (www.mediashop.at) 2002, 120 S., 9,90 Euro

Das Ende der Entwicklungsdiktaturen: die neue Unübersichtlichkeit

In einer Hinsicht hat sich das Kapital sicher schon bedrohter gefühlt, z.B. als nach dem Zweiten Weltkrieg plötzlich nicht mehr nur ein Zehntel, sondern ein Drittel der Menschheit »kommunistisch« geworden war. Die Lage damals war ernst, aber übersichtlich. Das *State Department* kannte seine Feinde und wußte, wohin es die Agenten, die Wirtschaftshilfe, die Bomben zu schicken hatte. Das ist heute nicht mehr so einfach.

Die Entwicklung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert ist – neben der Verschiebung des Zentrums von Europa nach Nordamerika – durch Aufstieg und Fall der Entwicklungsdiktaturen gekennzeichnet. Ich will im folgenden historischen Draufblick die These belegen, daß alle Aufstände und Emanzipationsbewegungen im 20. Jahrhundert entweder niedergeschlagen oder in Entwicklungsdiktaturen umgesetzt wurden – eine andere Art des Niederschlagens könnten wir sagen, aber dabei wird leicht vergessen, daß die Mainstream-Linke mit ihren Vorstellungen von »Fortschritt« immer auf den Staat fixiert war. Diese Entwicklung ist jetzt an ihr Ende gekommen. Damit kann der Blick frei werden für den wirklichen Fortschritt in der Menschheitsgeschichte: die Weltrevolution; »das Ende des Realsozialismus macht den Sozialismus möglich«, könnte man pointiert formulieren.

In der Geschichte der Entwicklungsdiktaturen können grob drei Perioden unterschieden werden: Die Phase der Dekolonialisierung, die Zeit der Diktaturen und ihr Fall. Ein Muster, das sich in jeweils besonderer Ausprägung fast überall wiederfindet.

Entkolonialisierung

Das Entstehen der Entwicklungsdiktaturen findet in zwei Etappen statt, getaktet durch das Ende der beiden Weltkriege (außer in Lateinamerika, das nur am Rande von den Kriegereignissen betroffen war). Die ersten Entwicklungsdiktaturen entstehen in Rußland, in der Türkei und in Lateinamerika; nach dem Zweiten Weltkrieg dekolonisieren sich Asien, Afrika und Osteuropa.

Fast überall haben wir ein bestimmtes Muster: Zuerst entstehen auf Druck der städtischen Bevölkerung nationalistische Regimes, die zum Teil mit bürgerlicher Demokratie experimentieren¹. Wobei »Dekolonialisierung« nur das (bittere) Ende von breiten und teilweise bewaffneten Befreiungsbewegungen ist.

Zeit der Diktatur

Dieser politische Aufbruch ist in Osteuropa meist nur eine Episode, aber auch sonst bald vorbei. Die nationalistischen Regimes werden von Diktaturen abgelöst². Typischerweise ist es die Armee, zum Teil mit Unterstützung oder Sympathie von Teilen der ländlichen Bevölkerung, die in mehr oder weniger blutigen Staatsstreichen die Macht übernimmt – am grausamsten in Indonesien, wo innerhalb weniger Monate zwischen einer halben und einer ganzen Million Menschen massakriert worden sind.

In Asien und Afrika wird von diesen Diktaturen, wie schon von ihrem Vorbild in Rußland und unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, (Fünfjahrespläne gab es z.B. auch in Südkorea) staatlicherseits eine Industrialisierung in Gang gebracht, meist mit Schwerpunkt Infrastruktur und Schwerindustrie. Niedrige Löhne (außer für eine kleine Arbeiterschicht in zentralen Bereichen), Ausbeutung der Bauern, wenig Entwicklung auf dem Land. Aber gleichzeitig hat sich der Schwerpunkt (oder besser die Wurzel) der Macht wieder auf das Land verlagert. Die Diktaturen stützen sich auf die Unbeweglichkeit der Bauernschaft, bzw. auf die gewachsenen Machtstrukturen auf dem Land. In Asien auf überkommene und noch nicht umgewälzte Verkehrsformen des asiatischen Feudalismus, in Lateinamerika und den Philippinen auf den Großgrundbesitz. Auf dem Land formiert sich auch – so es ihn gibt – der Widerstand (Landguerilla). Die städtische Bevölkerung wird mit bescheidenem, aber relativ stetig wachsendem Lebensstandard bei der Stange gehalten. Dazu gehört auch die Kontrolle der Migration in die Stadt.

¹ Mossadeq: Iran 1951-53; Sukarno: Indonesien 1946-65; Vargas: Brasilien 1930-45 und 1951-54; Peron: Argentinien 1946-55; Nasser: Ägypten 1954-70; Tschiang Kai Tschek: China bis 1949; spät noch Lumumba: Kongo 1960-61.

² Schah (Iran 1961-79), Soeharto (Indonesien 1966-98), Mao Tse Tung (China ab 1949), Marcos (Philippinen 1965-86), Tito (Jugoslawien 1945-80), Park Chung-Hee (Südkorea 1963-79).

Die Diktaturen sind unterschiedlich erfolgreich; dort wo Entwicklung stattfindet, entsteht auch eine kämpferische Arbeiterklasse: das Zentrum der Macht verlagert sich tendenziell zurück in die Stadt.

Auch da lassen sich einige Abschnitte kenntlich machen. Die Beschleunigung der Entwicklung in Asien (und zuerst auch in Afrika) ist durchaus durch die weltweite Bewegung und folgende politische Erneuerung nach 1968 festzumachen. Die Ansprüche der städtischen Bevölkerungen steigen; aber gleichzeitig gibt es Kapital und Geldflüsse (Petrodollars), um dem gerecht zu werden. Die ökonomische Entwicklung beginnt sich auszudifferenzieren. Während es in einigen Gesellschaften gelingt, dies in Wachstum zu übersetzen (wozu endemische Kämpfe der Arbeiter, v.a. der Arbeiterinnen gehören, etwa in Südkorea und anderen Ländern in Südostasien), geraten andere in die Schuldenfalle (Afrika und Lateinamerika). In Osteuropa geht die Wachstumsgeschwindigkeit zurück, auch da läßt die Fähigkeit der Regimes, der Arbeiterklasse entweder Entwicklungsverzicht aufzuzwingen oder ihre Initiative in Entwicklung zu übersetzen, nach. Breschniew befriedet die städtische Bevölkerung mit steigenden Konsummöglichkeiten und Reduzierung des Arbeitsterrors, beendet aber den Prager Frühling 1968 mit Panzern.

Ab 1980 geraten die Diktaturen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, auch und gerade dort, wo sie erfolgreich sind. Es beginnen die großen Arbeiterkämpfe, die anfangen, die Macht der Regimes in Frage zu stellen (Aufstand in Kwang-Ju³ 1980, Iran 1979). Daß in dieser Zeit der »Neoliberalismus« als kapitalistische Ideologie auftaucht, reflektiert genau die neuen Unwägbarkeiten einer Entwicklung, die den alten Strukturen zu entwachsen beginnt.

Das Ende der Entwicklungsdiktaturen

Es bietet sich an, 1989 (Berlin: Fall der Mauer und Beijing: Tien-An-Men) als Schnittpunkt anzusetzen: Es beginnt die Periode, in der die Diktaturen fallen. (Kamerun '84, Brasilien '85, Philippinen '86 sind vorher, dann folgen

³ Südkorea: Nach der Ermordung Park Chung Hees durch den Geheimdienst gibt es den »demokratischen Frühling von 1980«, der folgenden Machtergreifung seines Sohnes widersetzen sich vor allem die Einwohner der Stadt Kwang-Ju. Bei der Einnahme von Kwang-Ju durch die Armee gibt es an die 2000 Tote und Verschwundene.

aber ganz Osteuropa, Thailand '92, Südkorea endgültig '93, Indonesien '98, Nigeria '99).

Die 90er Jahre sind das Jahrzehnt, in dem sich die Umwälzung der Klassenverhältnisse, die in den 70er Jahren begonnen hat, in dramatischer Weise beschleunigt. Überall außerhalb von Westeuropa und Nordamerika strömen die Menschen in die Stadt⁴, Gründe dafür gibts viele, u.a.:

- Die Fähigkeit der Staaten, Migration zu kontrollieren, nimmt ab.
- Der Unterschied im Lebensstandard Stadt/Land nimmt zu:
- Das Erscheinungsbild des »modernen« Kapitalismus ist attraktiv: neue Verkehrsformen, weltweite Kommunikationsmöglichkeiten wie Telefon und Internet, Lockerung sexueller Unterdrückung. Aber der neue Konsumismus setzt auch die persönliche Verfügung über Geld, also eigenes Einkommen voraus. Beides ist, wenn überhaupt, nur in der Stadt zu haben: »Stadtluft macht frei«.
- Die Fabriken ziehen an, weil sie erst mal eine diesem kapitalistischen Erscheinungsbild adäquaten Eindruck von Kollektivität vermitteln – oder anders ausgedrückt: die Mädchen können hoffen, vom Zwangskollektiv Großfamilie nicht in die anonyme Einsamkeit der Stadt zu fallen, sondern in ein erstmal angenehmeres Kollektiv von hunderten oder tausenden anderer junger Frauen – und das gilt erst recht, wenn es in diesen Fabriken brodeln, wenn es kollektive Kämpfe gibt!
- Die Stagnation der Ausbeutungsmöglichkeiten in den alten Metropolen setzt Kapital frei, das nach Anlagen in »Billiglohnländern« sucht (das beinhaltet das »Finanzkapital« genauso wie »Verlagerung«, aber auch das Entstehen völlig neuer Industrien, die grundsätzlich sozusagen aus Asien und dann wieder aus Lateinamerika kommen: digitale Elektronik und Markensportklamotten)

⁴ 1980 lebten 39,6 Prozent der Menschen in **Städten**, 1990: 43,5 Prozent und 2000: 47 Prozent; wobei die Städte in den 70er Jahren noch 45,6 Prozent des Bevölkerungswachstums aufnahmen, in den 90er Jahren aber schon 71,8 Prozent. Es gab Ende 2000 372 Millionenstädte, 1985 waren es 245 (nach UN-Habitat und UN Population Division). In Asien arbeiten 1960 9,7 Prozent der »ökonomisch aktiven Bevölkerung« in der **Industrie**, 1990 sind es 16,9 Prozent. Darunter China 6,3 / 15,1; Südkorea 10,2 / 35,4 Prozent (nach ILO, Asia, Statistical Working Papers 96-I). Neuere Zahlen sind nur für einzelne Länder zu bekommen: China 1997: 26,8 Prozent; Südkorea 1997: 31,3 Prozent – da hat sich, wie zu erwarten, die fortschreitende Proletarisierung im Dienstleistungssektor niedergeschlagen.

Schwächung des Staates

Wir sind derzeit noch mitten in der Phase der Ablösung der Entwicklungsdiktaturen. Diese hatten eine historische Phase lang für den Kapitalismus einen Zweck: v.a. die Mobilisierung von Kapital aus der Ausbeutung des Landes. Als Entwicklungsdiktatur konnte das nur in der Entwicklung vom Rohstofflieferanten zur Importsubstitution funktionieren – und es ist nur in Südostasien geglückt. Dort wurde ab einem gewissen Grad von Industrialisierung und Umwandlung der Landwirtschaft die Diktatur kontraproduktiv: kapitalistische Entwicklung braucht den freien Arbeiter. Den Zwang für ihn, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen, aber auch die Möglichkeit für ihn, das möglichst gut und teuer zu machen und dafür seine Kreativität, Motivation und Willen zur Weiterbildung einsetzen zu können. Industrieller Kapitalismus braucht Vermittlungsstrukturen wie Gewerkschaften, Betriebsräte, Parteien, staatlich organisierte Wohlfahrt. Aber nicht »der Kapitalismus« hat die Diktaturen durch etwas anderes ersetzt, sondern sie sind in aller Regel durch Aufstände beendet worden – und unter dem Eindruck der Aufstände haben dann auch mal IWF/Weltbank nachgeholfen, wie etwa in Indonesien. Dies hat überall zu einer Schwächung der Rolle des Staates geführt. Dort, wo die Entwicklung »erfolgreich« war, gibts durchaus derzeit so was wie funktionierende Demokratie.

Aber es gibt nicht nur Südkorea, sondern auch Afghanistan: Wo nur Diktatur und keine Entwicklung war (also Urbanisierung/Proletarisierung nur als Verelendung und nicht als Aufstieg einer neuen Arbeiterklasse), können nur *Failed (or failing) States* herauskommen. Dazwischen liegen etwa Indonesien und Nigeria, wo der Staat zwar noch halbwegs funktioniert, aber in weniger entwickelten Regionen Ethnizismus, religiöse Kämpfe und Mord und Totschlag regieren. (Und dazwischen liegt ganz Lateinamerika, wo Diktaturen seit den 60er Jahren ehemals industrialisierte Länder in der internationalen Arbeitsteilung immer weiter nach unten gebracht haben.)

Nicht nur ist urbane Bevölkerung an sich schwerer zu kontrollieren (siehe den Zusammenbruch des *Hukou*-Systems in China), sondern die gesellschaftlichen Strukturen im »Hinterland« selbst befinden sich in Auflösung – teilweise wegen der zunehmenden Verarmung, teilweise durch die Flucht der Jungen und Mobilen (und diese Migration bringt natürlich auch die Einflüsse der Stadt wieder zurück, unter anderem das Geld, aber auch neue Vorstel-

lungen und Verhaltensweisen). Überall nehmen nicht nur Arbeiter-, sondern auch die Bauernkämpfe zu.

Die zunehmende Unfähigkeit der Nationalstaaten, ihre Bevölkerung »geordnet« zu regieren, wird ergänzt durch das Verschwinden, mindestens den Rückgang der Bedeutung ihrer Gegenparts: der KPs, Gewerkschaften, »linker« oder separatistischer Guerillagruppen. All diese Gruppierungen haben ebenfalls zur Durchschaubarkeit und Übersichtlichkeit der Machtverhältnisse beigetragen. Zur Krise dieser staatsfixierten »Linken« kommt dazu, daß sich auch die religiös ausgerichteten militanten Gruppen auf dem Rückzug befinden⁵.

Wenn der Feind jetzt nicht mehr »Kommunismus«, sondern neu und sehr vage »Terrorismus« heißt, und wenn andererseits im Völkerrecht die Rolle der (Souveränität der) Nationalstaaten reduziert wird⁶, dann reflektiert das die neue Unübersichtlichkeit. Der »Krieg gegen den Terror« zielt natürlich auf die »Armen der Welt, die nicht mehr von der KP zurückgehalten werden«, wie es Matthias Beltz mal so hellsichtig formuliert hat.

Das Neue an dieser politischen Umwandlung ist, daß die Menschen, die den Fall dieser Diktaturen herbeiführen, nicht »um die Macht« kämpfen. In den seltensten Fällen gibt es Organisationen⁷, Namen von Führern o.ä. Es ist einfach der weitgehend unfaßbare und nicht dingfest zu machende Druck von unten, von der Straße, aus den Fabriken. Studenten und städtisches Proletariat erzwingen mehr Freiheit, indem sie sie sich nehmen. Noch immer gelingt es zwar alternativen Teilen der Elite, diesen Druck auszunutzen, um selber an die Regierung zu kommen, aber es gibt keine »organische« Verbindung mehr zwischen diesen Politikern und den Massenbewegungen, es gibt weder eine KP noch einen Che Guevara (siehe den Artikel zu Argentinien in diesem Heft!).

⁵ Der »Krieg gegen den Terror« versucht uns ein anderes Bild zu vermitteln. Überall in der Welt entdecken die Medien den bewaffneten islamischen Fundamentalismus ... Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die FIS in Algerien, die MILF oder MNLF auf Mindanao oder die GAM im Aceh entweder nur noch Schatten ihrer Selbst sind, oder sich zu schlichten Drogenhandelsunternehmen gewandelt haben. Auch hier gilt, daß (Bomben-)Anschläge eher den Niedergang einer Bewegung, als ihren Aufstieg begleiten.

⁶ Siehe dazu z.B. Susanne, *The World at Gunpoint*, Wildcat-Zirkular 54 (Nov. 99), <http://www.umwaelzung.de/UN.html>.

⁷ Wenn man mal vom Badan Eksekutif Mahasiswa (Exekutivrat der Studenten) in Jakarta oder vom Hanchongryong (Allgemeiner Studentenrat) in Südkorea absieht.

Neue Weltkonzerne

Der rasanten Entwicklung der 90er (und z.T. schon der 80er) entspricht auch, daß die einzelnen Kapitalien, einschließlich der Weltkonzerne, ihren strategischen Planungshorizont zurückgefahren haben, zum Teil gar keinen mehr zu haben scheinen. Darüber ist schon genug geschrieben worden, die Klagen der Gewerkschaften sind Legende. Relativ neu sind zwei Entwicklungen: die Konzerne in den dynamischen Branchen der neuen MassenarbeiterInnen (Elektronik und Textil, Schuhe) haben schon früher die direkte Ausbeutung Subunternehmen überlassen. Jetzt sind aber Weltkonzerne wie Flextronics entstanden, die die Produktion insgesamt (und ihre Planung) beherrschen. Diese Firmen haben keine eigenen Marken, organisieren aber von der Entwicklung zur Produktionsreife bis zur weltweiten Logistik die Produktion – für Nokia, Siemens, Ericsson, Canon uva. – und haben nicht nur in China, Malaysia oder Ungarn die Fabriken übernommen bzw. aufgebaut, sondern auch in Westeuropa und Nordamerika. Auch im Textilbereich begegnen wir inzwischen den gleichen (dort meist südkoreanischen) Firmennamen in Indonesien wie in Mexiko.

Der Krieg

Derzeit im Fokus steht die Golfregion. Wir haben es auch dort mit Entwicklungsdiktaturen zu tun, deren Fall oder eben Ablösung überfällig ist. Auch dort hat es wie in anderen Teilen Asiens bescheidene Entwicklung, auf jeden Fall aber eine genauso dramatische Proletarisierung und Urbanisierung gegeben. Wobei die Verfügung über den Ölreichtum die Regimes eher dazu verführt hat, den Ansprüchen der einheimischen Bevölkerung nachzukommen, als eine rigide Entwicklungspolitik zu fahren. Viel deutet daraufhin, daß zumindest im Iran sich die Verhältnisse derzeit aufheizen; auch die Stabilität der Regimes in Saudi Arabien (das erst jetzt eine industrielle Entwicklungspolitik durchzusetzen versucht⁸) und im Irak hat abgenommen. Die US-Regierung will sich dort positionieren, um bei den kommenden Ereignissen mitmischen zu können. Der Irak bietet sich nicht nur aufgrund seiner Ölreserven als Besatzungsgebiet an, sondern weil man sich ausrechnen kann, daß man es nach über 30jähriger faschistischer Herrschaft, den Golfkriegen,

⁸ Siehe George Caffentzis: Warum diese Verzweiflung?; dort v.a. das Kapitel »Freihandel mit den Saudis« in der Beilage zum Wildcat-Zirkular 61, Januar 2002; <http://www.wildcat-www.de/zirkular/61/z61caff.htm>.

nach zehnjährigem Embargo und eventuell nach einem erneuten Krieg mit einer demoralisierten Bevölkerung zu tun haben wird, die mit sehr wenig ökonomischem und politischem Aufwand zufrieden zu stellen sein wird. Militärisch könnte das gelingen; ob nach dem Krieg auch ein solcher Frieden zu gewinnen ist, steht auf einem völlig anderen Blatt.

Das Epizentrum der Entwicklung dieser Dekade liegt in China. Es ist der große Hoffnungsträger des Kapitals. Während im Jahr 2002 die FDIs (Foreign Direct Investment) weltweit um 27 Prozent zurückgehen werden, steigen sie in China – und dieses Land wird erstmals mehr anziehen als die USA. Aber es findet tendenziell eine ähnliche Entwicklung statt wie in den USA: immer weniger dieser Kapitalzuflüsse gehen tatsächlich in produktive Investitionen, immer mehr dienen dazu, die Schuldenlöcher zu stopfen. Auch wenn das Regime in Beijing die rasante Umgestaltung der Gesellschaft bisher recht souverän gemeistert hat – auch diese Entwicklungsdiktatur ist fällig. Ganz egal, ob die neue Führung mit der Politik der Repression weitermacht oder eine Demokratisierung einleitet, oder beides zu kombinieren versucht. Es sind Anstrengungen zu sehen, die dynamischen Teile des einheimischen Kapitals zu fördern – aber noch nichts, um die drei »gefährlichen Klassen« (Bauern, Wanderarbeiter, Arbeiter in Staatsbetrieben)⁹ zu integrieren. Das kann gutgehen, solange der Lebensstandard steigt oder zumindest die Hoffnung darauf allgemein aufrechterhalten werden kann. Dazu muß Kapital kommen, und es kommt derzeit. Aber sowohl das Vertrauen des internationalen Kapitals als auch das Vertrauen der Bevölkerung sind, wie sich Börsianer ausdrücken würden, mehr als volatil.¹⁰

Die Arbeiterklasse

Erst heute erfüllt sich die schon von Marx begriffene *conditio sine qua non*: das Proletariat ist zur Mehrheit der Weltbevölkerung geworden, und erst jetzt geht es um Weltrevolution. Und man kann feststellen, daß dieses Proletariat diese Erwartungen durchaus erfüllt: Dort, wo im Kern industrielle Arbeiter-

⁹ Siehe Karl, China: Klassenkampf im Wirtschaftswunder, Wildcat-Zirkular 64 (Juli 2002), <http://www.umwaelzung.de/china.html>

¹⁰ Vor allem die Banken sind das Sorgenkind des Kapitals, weil ihre Kredite, die sie unter dem Eindruck der Arbeiterkämpfe an die Staatsbetriebe geben mußten, zur Hälfte faul sind. Das ist noch kein Problem, da die Sparquote der Chinesen extrem hoch ist. Aber schon eine leichte ökonomische Erschütterung könnte die Tatsache ans Licht bringen, daß die Spargroschen schon längst ausgegeben sind ...

klasse entstanden ist, hat es seine Lage schnell und nachhaltig verbessern können. Die jungen Frauen und Männer haben in den drei letzten Jahrzehnten die Textil- und Schuhproduktion mit ihren unwürdigen Jobs über Kontinente gejagt¹¹. Die spannende Frage ist nun, wie lange noch die Wünsche dieser ArbeiterInnen in kapitalistische Entwicklung umgesetzt werden können. Oder andersrum: wo entsteht kommunistische Kritik nicht nur am (Waren-) Reichtum, den wir haben, sondern auch an dem, der uns versprochen worden ist?

Wobei uns allerdings noch Maßstäbe fehlen: Was erwarten wir denn? Das Auftauchen von proletarischen Weltorganisationen? Solidaritätsstreiks? Copycats? Eine weltweite politische Bewegung? Das Neue und Spannende an der Frage nach der Weltrevolution ist ja, daß niemand Maßstäbe, Kriterien oder gar Antworten hat. Ein Maßstab könnte sein, ob sich etwas Gemeinsames entwickelt – und das sieht derzeit noch nicht so aus: die ArbeiterInnen kämpfen¹² – aber sie kämpfen nicht zusammen (wenn man mal von den gemeinsamen Aktionen von MigrantInnen in Hong Kong, Südkorea, Taiwan und auch anderswo absieht). Eher im Gegenteil: sie kämpfen für sich und verlassen sich erst mal nur auf ihre eigene Stärke. Noch nicht mal auf die Kolleginnen im Nachbarbetrieb wird gewartet.

Wir sind noch mitten drin

Wir befinden uns noch mitten in der Phase der Ablösung oder des Falls der Entwicklungsdiktaturen. Die Institutionen der Nachkriegszeit lösen sich auf, bzw. verändern ihren Charakter fundamental – wobei der »Kalte Krieg« und der »Eiserne Vorhang« nur zwei Aspekte waren. Grundlegender waren die Nationalstaaten, die – in ganz unterschiedlichen Ausprägungen – ihre Leute einigermaßen im Griff hatten. Das ist vorbei; das zeigt die weltweite Migration ebenso wie die gestiegene Kriegsgefahr anhand des Zusammenbruchs von Staaten oder die in rascher Folge sich ablösenden »politischen«, »ökonomischen« und/oder »gesellschaftlichen« Krisen (Rußland, Südostasien, Tür-

¹¹ Von Japan nach Südkorea nach Indonesien und China, derzeit nach Vietnam und Bangladesch. Siehe »Nike auf der Flucht«, Wildcat-Zirkular 30/31 (1996), <http://www.wildcat-www.de/zirkular/30/z30asien.htm>.

¹² Wer nicht daran glaubt, kann das täglich u.a. auf www.labourstart.org (für die englischsprachige Welt und Lateinamerika) und www.umwaelzung.de/aaktuell.html (für Südostasien und China) nachprüfen!

kei, Argentinien ...). Das Bild ist aber nicht nur kompliziert, sondern auch uneinheitlich geworden: Arbeiterkämpfe, städtische Riots, Separatismus, Warlordismus oder Selbsterfleischung unter religiösen Vorzeichen.

Es ist kein neues Modell der Organisation weltweiter kapitalistischer Herrschaft in Sicht. Weltbank, IWF und andere Agenturen des Kapitals (einschließlich des Militärs im Kriegsfall) setzen immer mehr auf NGOs aller Art. Die sind oft weit besser in der Lage, die beschränkten Mittel zum Aufbau von neuer Staatlichkeit einzusetzen, als die meisten Staaten selber. Eine Falle, in die Teile der »Antiglobalisierungsbewegung« geraten könnten.

Denn die Zahl der Krisen-*Hot Spots* hat zugenommen und wird weiter zunehmen. – Sogar das UN-Vorzeigekind Osttimor scheint zur Zeit aus den Fugen zu geraten (weil eine kapitalistische Entwicklung weder stattfindet noch versprochen werden kann). Die neue Unübersichtlichkeit nach dem weitverbreiteten Rückgang oder gar Zusammenbruch von Staatlichkeit und nationalstaatlicher Macht, diese Unsicherheit der Herrschenden: das vervielfacht die Zahl der privaten Sicherheitskräfte, Wachmannschaften und Privatarmeen, das Söldnerunwesen und die Gefahr von Kriegen. Aber das zeigt gleichzeitig, daß keine Armee dieser Welt, auch nicht alle zusammen, »genug Daumen hat, um alle Löcher im Damm zuzuhalten«. Die Konflikte können weder mit wirtschaftlicher Entwicklung eingedämmt werden, noch mit rein militärischer Macht unterdrückt – das zeigt derzeit schon allein die Politik Nordkoreas. Diese Unsicherheit macht auch die eigentliche persönliche Dummheit eines George WB so offensichtlich. Die Liste der »terroristischen Organisationen«, das ist die Liste der Feinde von gestern, ergänzt mit Schimären von heute – also ein mehr als untauglicher Versuch, die Aufgaben zu benennen.

Karl

Benzinpreise in Haiti – Streik in Port-au-Prince
Ein Streik gegen die von der Regierung verfügte drastische Erhöhung der Benzinpreise hat am Dienstag die Hauptstadt Haitis lahm gelegt. Die ohne Vorankündigung erfolgte Erhöhung um 50 bis 80 Prozent ist eine Folge der politischen Krise im Ölland Venezuela. (dpa 9.1.2003)

Zu den Auseinandersetzungen in Venezuela kam in der hiesigen Presse eigentlich sehr wenig. Interessant war bisher nur, was bürgerlichen Journalisten und Kommentatoren ihre eigenen parlamentarischen Spielchen wert sind, wenn das »Volk« falsch gewählt hat, so wie in Venezuela. Die obige dpa-Meldung zeigt, wie wichtig das venezolanische Erdöl zumindest für Amerika ist. Der folgende Artikel versucht, die Hintergründe in Venezuela selbst etwas auszuleuchten.

Zu den Hintergründen der Ereignisse in Venezuela

Der jüngste Konflikt in Venezuela verweist auf das umkämpfte Öl. Der Staat kassiert als Besitzer der unterirdischen Bodenschätze die Ölrente. Wie jede Grundrente im marxistischen Sinne besteht diese nicht aus dem vom Erdölproletariat direkt produzierten Mehrwert, sondern ist Teil des weltweit abgepreßten Mehrwerts, den der venezolanische Staat als Grundbesitzer im internationalen Handel abzweigen kann.

Das Erdöl ist schon seit den 20er Jahren – also seit etwa 80 Jahren! – erstes Exportgut (ca. 75 Prozent des Gesamtexports) und seit Jahrzehnten bei weitem die erste Einnahmequelle des Staates (heute noch etwa 50 Prozent). Seitdem sind ökonomische Struktur und Gesellschaft insgesamt durch die Ölrente geprägt. Die Ökonomie dreht sich im wesentlichen darum, wie die verschiedenen sozialen Schichten an der vom Staat eingenommenen Rente teilhaben können bzw. »dürfen«. Staatsbürokratie, Unternehmer, die Aufträge des Staates erhalten, Staatssubventionen, Klientelismus sind einige der direkten Mechanismen dieser Verteilung. Oft werden private Investitionen von

Unternehmen nur getätigt, um irgendwelche Subventionen abzukassieren. Die üblichen Marktverhältnisse sorgen dafür, daß diese Verteilung sich in die gesamte Gesellschaft verzweigt, ein paar Krümel fallen auch für die ärmsten Bevölkerungsschichten ab. Korruption in den vornehmeren Kreisen und Kriminalität bei den Armen sind schlicht und einfach gesetzeswidrige, aber wichtige Verteilungsinstrumente. Arbeitsproduktivität und Arbeitsmoral sind ziemlich gering. Überall herrscht eine Mentalität des Wegwerfens und schnellen Ersetzens sowie des Sich-Bedienens an Staatsgeldern. Seit Jahrzehnten importiert Venezuela etwa 2/3 der konsumierten Lebensmittel, und im öffentlichen Dienst (bei weitem der größte Arbeitgeber) hat jeder nach 25 Dienstjahren Anspruch auf Rente bei vollem Lohn!

In diesen letzten 80 Jahren ist die ländliche Bevölkerung von zwei auf vier Millionen angewachsen, während die städtische Bevölkerung von etwa einer auf zwanzig Millionen gestiegen ist! Landwirtschaft und ländliche Bevölkerung spielen heute eine völlig nebensächliche Rolle. Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 18. Der typische Lebenslauf der ärmeren Leute ist der, daß man sich von 20 bis 35 irgendwie als Lohnarbeiter durchwurstelt und dann mit den vom Staat festgelegten Abfindungen irgendwelche kleinen Geschäfte aufmacht. Das führt dazu, daß mehr als die Hälfte der aktiven Bevölkerung von der so genannten »informellen« Ökonomie lebt. Ein Proletariat (im Sinne einer klar differenzierten lebenslangen Klassenzugehörigkeit) gibt es außer in punktuellen Ausnahmen wie im Erdöl- oder neuerdings im Stahl- und Aluminiumsektor kaum. Im übrigen ist die soziale Mobilität groß. Die herrschende Schicht rekrutiert sich permanent auch aus den ärmeren Schichten: die alteingesessene Oligarchie ist verschwindend klein, »Neureiche« sind keine Seltenheit. Dennoch sind die »reichen« und die »armen« Stadtbezirke klar getrennt, und die Kluft im Lebensstandard schreit buchstäblich zum Himmel.

Seit 1958 herrscht in Venezuela eine parlamentarische Demokratie, in der Sozialdemokraten und Christdemokraten sich bis in die 90er Jahre regelmäßig an der politischen Macht abgewechselt haben.

Die venezolanische Gesellschaft gerät in die Krise:

Mit dem Erdölboom Mitte der 70er Jahre und der gleichzeitigen Verstaatlichung der Erdölförderung erfuhren die Erwartungen der herrschenden Schichten einen qualitativen Sprung. Auch die Hoffnungen der übrigen Be-

völkerung auf weitere Verbesserungen schienen sich zu bestätigen. Es wurden gigantische Infrastrukturprojekte initiiert, die Korruption erreichte noch höhere Stufen, es entstand eine Schicht neuer Reicher, und die Bevölkerung konnte ein Minimum von diesem Goldregen abbekommen. Kredite auf dem internationalen Parkett waren keine Abwägung wert, alles würde die als schier unbegrenzt empfundene Ölrente decken können. Aber der Appetit war doch zu groß. Der Rhythmus des Ölrentenwachstums konnte nicht beibehalten werden. Die Außenverschuldung wuchs schnell an, und mit der weltweiten Zinserhöhung von 1983 wurde das Land von der internationalen Finanzkrise erfasst. In jenem Jahr brach der 20 Jahre lang stabil gebliebene Wechselkurs zusammen (von 4,30 Bolivares vor 1983 auf mehr als 1300 Bolivares heute für einen US-Dollar!). Seitdem reicht die Ölrente nicht mehr für alle, und die venezolanische Gesellschaft ist blockiert. Der Lebensstandard sinkt kontinuierlich, ausgerottet geglaubte Krankheiten und Unterernährung treten wieder auf, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, der Konsum an Fleisch, an Milch und sogar an Klopapier geht fast Jahr für Jahr zurück.

Im Staatsapparat und in der um ihn herum organisierten Oberschicht verschärfen sich die Kämpfe um die Kontrolle und Verteilung der gemessen an ihrer gewohnten Gier zu knapp werdenden Ölrente. Sogar die Manager des staatseigenen erdölfördernden Unternehmens fangen an, in (auch geheimen) Verhandlungen mit US- oder europäischen Kartellen eigene Interessen zu verfolgen. Venezuela gerät in eine ökonomische und soziale Krise, die sich bald auch in »politischen« Krisen ausdrückt. Neue »Richtungsstreits« entstehen in den traditionell regierenden Parteien, Expräsidenten werden wegen Korruption verurteilt, »alternative« Gewerkschaftsbürokratien bekommen Aufwind; die Erwartungen der ärmeren Bevölkerung werden nicht im geringsten erfüllt, und deren Beteiligung an den Wahlen sinkt (trotz Wahlpflicht) stark. Unter der Oberfläche bauen sich soziale Spannungen auf.

Als Carlos Andres Perez, der schon während des Erdölbooms Präsident war (und danach wegen Korruption verurteilt wurde), sich erneut als Kandidat präsentierte, gewann er die Wahlen 1988 haushoch, da er mit den damaligen populistischen Maßnahmen – u.a. finanziert durch die Verstaatlichung der Erdölförderung – identifiziert wurde. Aber das Umfeld war jetzt ein anderes. Anfang 1989, anlässlich der Ankündigung von saftigen Preiserhöhungen im öffentlichen Verkehr, brachen Wut und Frust der ärmeren Schichten der Bevölkerung durch. Davor hatten Berichte über eine gigantische Fete

anlässlich der Eheschließung der Präsidententochter die Seiten der Zeitungen gefüllt. Wie ein Flächenbrand durchzog drei Tage lang eine Plünderungswelle das ganze Land, an der fast jeder teilnahm; die Regierung war paralysiert und hatte überhaupt keine Kontrolle mehr – über die Straße. Die ärmeren Menschen kamen teilweise bis in die vornehmeren Viertel, drangen manchmal in Wohnungen ein und bedrohten alleine durch ihre Präsenz die ganze mittlere und höhere Schicht. Dies schließt »Kapitalisten«, Regierungsmitglieder, Beamte, Intellektuelle, Akademiker und »Freiberufler« sowie Politiker aller couleur ein. Plötzlich waren sie, jenseits ihrer politischen Queren und unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen, alle mit einem »wild gewordenen Mob« konfrontiert. Seither sitzt dieser »zivilen Gesellschaft« die Angst in den Knochen. Nach drei Tagen »Chaos« schlug der Staat zu: das Militär trat auf den Plan und schoß; in mehreren Armenvierteln wurden regelrechte Blutorgien veranstaltet. Bilanz: mehr als 300 Tote (laut offiziellen Angaben; man spricht von bis zu 3 000 Toten). Von diesem Zeitpunkt an wird der Haß der Armen gegen sämtliche Profiteure des Erdöls zu einer gesellschaftlichen Konstante.

Der soziale Haß

Die Frage für die Herrschenden war, wie damit umzugehen ist, mitten im weiteren inneren Konkurrenzkampf. Der politische Effekt war das Kollabieren der traditionellen politischen Parteien und das Wiederauftauchen von Putschversuchen (1992; hier tritt zum ersten Mal der heutige Präsident Chavez an die Öffentlichkeit). Langsam findet der Haß in diesem Kommandanten seinen Volkshelden, der die herrschende Clique von der Macht zu verdrängen verspricht und versichert, daß Soldaten sich nie mehr gegen das »Volk« wenden werden. Zuerst aber ging zum ersten Mal nach 1958 ein linkes Bündnis aus zig verschiedenen Gruppen und Grüppchen siegreich aus den Präsidentschaftswahlen hervor. Bei den darauf folgenden Wahlen, in Anbetracht der steigenden Popularität von Chavez (denn vom linken Bündnis hat die Bevölkerung außer ein paar netten Absichten kaum was Positives mitbekommen), versucht die politische Klasse diesem Neuling und zusätzlichen Konkurrenten den Weg zu versperren, indem sie sich fast einstimmig auf einen gemeinsamen Kandidaten einigt. Damit wurde Chavez zum Symbol des Anti-Establishments, und die Bevölkerung wählte ihren neuen »Führer« jetzt erst recht.

Chavez ist kein gebildeter Intellektueller, seine Sprache ist die blumige Sprache eines normalen Machos aus den ärmeren Vierteln. Er vertritt ein betont patriotisches aber sonst schwammiges Programm, das mehr oder weniger dem der »nationalen Befreiungsbewegungen« aus den 60er Jahren entspricht, und hat die Vorstellung, das »Werk« Simon Bolivars (der den Kampf gegen die spanische Kolonialmacht aufnahm) zu vollenden. Um ihn herum stehen teilweise die mittleren und vor allem die niedrigeren Kader der Armee, eine Menge Arrivisten, die ihre Chance wittern, und einige wohlmeinende »Professionelle« aus dem linksradikalen Spektrum. Aber seine eigentliche Stärke ist es, den Haß der Armen (und dazu gehören auch die einfachen Soldaten) gegen die »Reichen« für sich zu kapitalisieren.

Machen wir uns nichts vor: die Korruption blüht wieder, die Posten in der Verwaltung werden verteilt an Freunde, Familienangehörige, Militärs, Demagogen; die Lücken werden dann mit den schon genannten wohlmeinenden Professionellen gefüllt. Das Ergebnis ist eine Kakophonie von Entscheidungen, die sich wild durcheinander widersprechen, sodaß eine »Politik« kaum zu erkennen ist. Auf der anderen Seite steht die teilweise entmachtete, teilweise von der Ölrente abgetrennte, obere Schicht (dazu gehören die Politiker, Journalisten und Medien, Unternehmen, katholische Kirche, Gewerkschaften, kurz: die »normalen« Akteure des Gesellschaftsspiels). Die ärmere Bevölkerung hat eine solche Wut auf diese Leute, daß sie nicht mal merkt, daß ihre materielle Lage sich um nichts verbessert hat. Dahinter können sich Chavez und seine Regierung verstecken. Ohne diese Opposition der Wohlhabenden hätte er seine Popularität längst eingebüßt.

Der Konflikt zwischen Chavez und der Opposition

Der Kampf zwischen »neuen« Arrivisten und alten »Arrivierten« dreht sich wieder um die Kontrolle des Erdölunternehmens. Die Waffen in diesem Kampf sind die manipulierte Wut der Armen (einschließlich der Soldaten) durch die Regierung und die technische Kontrolle der Produktion auf der anderen Seite.

Chavez hat es auf jeden Fall geschafft, das Image der Armee in der Bevölkerung zu verändern. Es gibt tatsächlich keine staatliche Repression (kein einziger politischer Gefangener), und Soldaten werden eingesetzt, um Parkanlagen zu reinigen, Schulen zu malern, Lebensmittel zu verteilen, Kranke zu versorgen usw.. Dennoch sinkt der Lebensstandard weiter, und die Wirt-

schaft setzt ihren Abwärtstrend fort (um ca. sieben Prozent allein in diesem Jahr). Ein Großteil der Öleinnahmen wurde verwendet, um Auslandsschulden zu begleichen. Und auf internationaler Ebene wurden die Abkommen über Öllieferungen nie in Frage gestellt.

So gesehen findet die offene Konfrontation zwischen Chavez und der Opposition auf dem Hintergrund eines »Klassen«-Hasses statt, der in keinem Moment eine selbständige Form angenommen hat (im Gegensatz zu Argentinien), sondern eher instrumentalisiert und institutionalisiert wird. In einem sind Regierung und Opposition sich einig: Im Namen des Vaterlandes muß die Bevölkerung Opfer bringen.

Aber die Konfrontation bekommt auch eine internationale Dimension, sobald die Öllieferung durch den »Manager«-Streik in Gefahr gerät und damit wichtige Interessen der USA betroffen sind. Etwa 15 Prozent des in die USA importierten Erdöls kommen aus Venezuela. Gerade jetzt, wo der Krieg gegen den Irak vorbereitet wird, stellt die Situation in Venezuela für die USA ein großes Risiko dar. Es wird schon erwogen, die strategischen Reserven zu benutzen, aber es ist unklar, ob die Regierung Bush in einen Krieg zieht, ohne daß sich vorher die Lage in Venezuela entspannt hätte. Die Sympathien der Bush-Regierung liegen sicherlich mehr bei der Opposition, die eher dazu bereit wäre zu kollaborieren als dieser Chavez, der sich als Antiimperialist zu profilieren sucht. Daß ein Staatsstreich bis jetzt nicht erfolgte, liegt wahrscheinlich an der »militärischen« Schwäche der Opposition und daran, daß die USA sicherlich eine Regierung Chavez gegenüber einer Situation bevorzugen, die von Klassenhaß und Chaos und unberechenbarer Gewalt geprägt ist. Daher ist es durchaus möglich, daß ohne die reale Alternative der erfolgreichen Beseitigung Chavez' die USA auf einen Dialog und schließlich ein Abkommen zwischen Chavez und der Opposition drängen.

Der Streik selbst trägt die Züge eines Unternehmer-Streiks, oder noch besser eines Streiks der Geschäftsinhaber, und findet vor allem in den wohlhabenden Vierteln statt. Verkehr, Industrie, Landwirtschaft und die öffentlichen Dienste funktionieren im Großen und Ganzen, es sei denn die Benzinlieferung wird unterbrochen (hier spielt sich der eigentliche Machtkampf innerhalb der venezolanischen Gesellschaft ab).

Falls Unternehmer ihre Fabrik geschlossen haben, fordern die Arbeiter ihr »Recht«, arbeiten zu dürfen. Von autonomen Betriebsbesetzungen ist keine Spur zu sehen, von Vollversammlungen ebenfalls nicht. Alles konzentriert

sich auf den charismatischen Leader. Auch hohe Militärs können mit ihren Appellen zum zivilen Ungehorsam nicht viel ausrichten, weil die Soldaten »ihrem« Präsidenten folgen. Aber auch von Soldatenorganisationen ist nicht zu träumen.

Der Ausgang ist ungewiß: setzt sich Chavez durch, bleibt die Lage ziemlich unverändert, denn die Opposition wird ihr Eigentum, ihren sozialen Status und damit ihre wirtschaftliche Macht insgesamt behalten. Setzt sich die Opposition durch, wird es wahrscheinlich zu Straßenkämpfen kommen und möglicherweise zum Blutbad. Leider sind offene soziale Kämpfe, die auf sich selbst vertrauen und eigene Klassenforderungen aufstellen, noch Zukunftsmusik.

Ein venezolanischer Genosse sagte vor einigen Monaten, Chavez habe zwei Feinde: diejenigen, die meinen, er sei ein Kommunist, und diejenigen, die wissen, daß er gerade das nicht ist. Nun sind die ersten Feinde ein paar Millionen, und während die Anhänger Chavez' vermutlich noch zahlreicher sind, sind diejenigen, die gegen ihn stehen, weil er nur eine (neue) Variante der herrschenden Verhältnisse darstellt, lediglich eine knappe Handvoll isolierter Sozialrevolutionäre.

Zum Schluß ein Auszug aus einem Brief eines Genossen aus Venezuela:

»Ich denke, auch wenn es etwas länger dauern wird, wird sich ein Kompromiß durchsetzen. Die Schwierigkeit liegt in den Details einer solchen Übereinkunft, vor allem angesichts der realen Konflikte, die im Januar ausbrechen drohen: Tarifverhandlungen, Preiserhöhungen bei Lebensmitteln (hier ist eine regelrechte Spekulationswelle im Gange) sowie Versorgungsengpässe auf den Märkten. Außerdem haben viele Unternehmen die versprochenen Lohnzahlungen nicht geleistet (auch das Weihnachtsgeld und andere festgelegte zusätzliche Leistungen nicht). Und auch der Staat hat (z.B. im Gesundheitssektor) zum Teil die Löhne für Dezember 2002 nicht gezahlt. Das alles wird im Januar auf der Tagesordnung stehen.

Nachdem ein Kompromiß zwischen Unternehmern und Regierung gefunden sein wird, werden beide eine gemeinsame Front gegen die Arbeiter bilden. Die Unternehmer verlangen bereits »Opfer« von ihren Arbeitern. Und die Regierung wird die Erdölkrise als Vorwand benutzen, um die Forderungen in den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst zurückzuweisen.«

Revolutionäre Situation in Argentinien?

Seit die ArgentinierInnen vor einem Jahr mit einem Aufstand mehrere Regierungen gestürzt haben, richten sich einige Hoffnungen auf dieses ehemalige Musterland des ›Neoliberalismus‹. Der Absturz des Landes in eine dramatische Krise, die mehrjährige Rezession und das ökonomische Desaster im Nachbarland Brasilien werfen konkret die Frage auf, ob der Kapitalismus überhaupt noch einen Ausweg zu bieten hat. Vor allem aber zeigen neue Bewegungen, dass andere Lösungen auf die Tagesordnung kommen könnten. Die Frage nach einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft wird in Argentinien auf den Straßen diskutiert. Hat hier eine revolutionäre Umwälzung begonnen?

Es haben sich verschiedene Bewegungen entwickelt und radikalisiert, die mit dem Selbstbewußtsein auftreten, staatliche Pläne verhindern und gegebenenfalls auch die Regierung stürzen zu können. Sie erobern den öffentlichen Raum zurück und sind bereit, sich mit der Staatsgewalt anzulegen. In dieser Situation schlagen trotzkistische Parteien sehr traditionell die Übernahme der Macht und eine Arbeiterregierung vor. Aber das entspricht nicht den realen Prozessen: weder hat sich eine parlamentarische Alternative mit Massenbasis entwickelt, noch will eine Bewegung den Staatsapparat übernehmen. Aus dem Aufstand gegen die Regierung ist ein Aufstand gegen die Politik geworden. »Que se vayan todos« – Sie sollen alle abhauen: das ist nach wie vor die Hauptparole, die verschiedenste Bewegungen vereint. Das drückt nicht nur den Hass auf die korrupten Politiker aus, sondern lehnt traditionelle Politik als solche ab, als Machtspiel von Interessenvertretung und Delegation. Die neuen Bewegungen organisieren sich horizontal, ohne AnführerInnen, sie setzen auf Versammlungen statt auf Hierarchien. Der Staat hat seine Legitimation verloren.

Der Aufstand und die neue Art von Bewegung haben (v.a. in der Antiglobalisierungsbewegung) Begeisterung ausgelöst. Nachdem die Leute so oft gegen die Symbole der internationalen Finanzinstitutionen angestürmt sind, sehen sie in dem realen Widerstand gegen die Folgen dieser Politik einen greifbaren Hoffnungsschimmer. Sie haben den 20. Dezember, den Jahrestag des Aufstands in Argentinien, zum *Global Action Day* erklärt.

›Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen‹ – John Holloway sieht in Argentinien diese Vision Wirklichkeit werden. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Buchs (siehe Besprechung auf Seite 48) werden drei Ereignisse als Beleg für diesen Ansatz genannt: Der 11.9. und seine Folgen zeigten mehr denn je die *Notwendigkeit*, und der ›argentinazo‹ sowie das Weltsozialforum in Porto Alegre den *Weg zu* einer solchen Weltveränderung. Holloway sieht in Argentinien den Zapatismus in den Städten ankommen, den Aufbau einer Gesellschaftlichkeit ohne Aufseher, in der kollektive (Über-)Lebensformen jenseits des Kapitals entwickelt werden. Er weist aber auch auf die Gefahren hin: eine Revolte, die nicht in Revolution übergeht, könne nicht überleben, und wenn der Kampf nachlässt, können selbstorganisierte Projekte wieder in kapitalistische Formen integriert werden.

In Buenos Aires hat das *Colectivo Situaciones* schon im Dezember 2001 die ›neue Art von Aufstand‹ analysiert und begrüßt.¹ Die Leute vom *Colectivo Situaciones* bezeichnen sich als Militante UntersucherInnen (sie beschäftigen sich theoretisch seit längerem mit Negri). Auch sie betonen die Führungslosigkeit des Aufstands, die Vorreiterrolle der Basis und das klare ›Nein‹, das kein alternatives Modell vorschlägt und nicht zu staatlicher Macht wird. Den zentralen Schlüssel für die neue Radikalität sehen sie in der Vielfalt. In vielfältigen Netzen würde eine Gesellschaftlichkeit jenseits des Korsetts von Staat und Markt entstehen. Ein weiterer Artikel von ihnen, ›Die Parallelgesellschaft; eine Revolution in der Wüste‹² provozierte letztens auf Indymedia Argentina einen wütenden Kommentar: Trotz aller lautstarken Forderungen sei die wirtschaftspolitische Macht nicht nur nicht abgehauen, sondern sei im Gegenteil dabei, ihre institutionellen Strukturen zu reorganisieren – während das Leben teurer wird, weiterhin ArbeiterInnen entlassen werden, Kinder an Unterernährung sterben, die Polizei noch immer mordet, usw. – »denn sie haben die Macht«. Man muss die Ansicht des Autors, man müsse die Machtübernahme vorbereiten, nicht teilen. Aber der Hinweis darauf, dass die alte Macht noch keinesfalls besiegt ist, ist leider angebracht.

¹ Artikel (spanisch) am 29.12.2001 auf www.rebelion.org/internacional/situaciones291201.htm. Das *Colectivo Situaciones* hat im April 2002 ein Buch zum Aufstand herausgebracht, das im Frühjahr in überarbeiteter Form bei Assoziation erscheint.

² *La sociedad paralela; una revolución en el desierto*
<http://www.argentina.indymedia.org/news/2002/11/64142.php>.

Beide Positionen sind sympathisch, weil sie das Handeln der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen, aber sowohl Hollowayaner wie Negristen beschäftigen sich kaum mit den realen Verhältnissen von wirtschaftlicher und staatlicher Macht. Denn trotz aller Krise und Bewegung herrscht in Argentinien noch der Kapitalismus, die Gesellschaft reproduziert sich auf kapitalistischer Basis, und die ArbeiterInnen sind als solche nicht am Aufstand beteiligt. Auf der anderen Seite gibt es Positionen wie die der Trotzisten oder der IKS; sie weisen auf diese Probleme hin, haben dann aber sofort die richtigen Erklärungen/Antworten: die Trotzisten sehen die Lösung meistens darin, dass sich die ArbeiterInnen von ihnen anführen lassen sollen, die IKS erklärt das Ausbleiben der Revolution damit, dass die ganze Bewegung das Machwerk von ›Kleinbürgern‹ und ›Lumpenproletariern‹ sei. Solches Schubladendenken hilft in keiner Weise weiter.

Diese Fragen sind offen. Dass (noch) niemand eine Antwort drauf hat, macht die Sache gerade so spannend. Eine Antwort darauf finden kann nur die reale Bewegung in Argentinien. Aber trotzdem (bzw. gerade deswegen!) müssen wir diese Fragen stellen: Wo kann die revolutionäre Kraft herkommen? Wie kann ein Umsturz aussehen?

Wir zeichnen im Folgenden den Absturz der argentinischen Ökonomie in die Krise nach, und wie dieser die sozialen Verhältnisse in der Arbeiterklasse Argentiniens durcheinandergerüttelt hat. Auf dieser materiellen Grundlage sind die derzeitigen neuen Bewegungen entstanden, und auf diesem Hintergrund können wir ihre Vielfalt und Widersprüchlichkeit besser begreifen (und davon lernen). Sind darin Schritte in Richtung Revolution zu erkennen? Oder ist die Frage so schon falsch gestellt und müsste eher lauten: Welche Rolle spielt die Arbeiterklasse Argentiniens in der Weltwirtschaft, und wie können wir in diesem Gesamtzusammenhang die Macht entwickeln, die mit der alten Macht Schluss macht?

Der Absturz in die Krise

Bis Ende der 90er Jahre ist es den Krisenverwaltern gelungen, die soziale Polarisierung aufrecht zu erhalten. Die piqueteros haben zwar große Blockadeaktionen organisiert, sie blieben aber gegenüber einer breiten ›Mittelschicht‹ marginalisiert und isoliert. Durch den Krisenabsturz der letzten vier Jahre haben sich die Lebensbedingungen in kürzester Zeit nach unten angeglichen. Die Krise hat dem Bezug auf den Staat den Sinn genommen: keine

Gruppe kann mehr hoffen, durch Verhandlungen mit der Staatsgewalt bessere Bedingungen für sich rauszuschlagen. Das drückt sich in der vereinheitlichenden Parole: »Sie sollen alle abhauen!« aus.

Argentinien war Mitte der 70er Jahre ein Industrieland, mit hochqualifizierten und für Lateinamerika sehr gut bezahlten ArbeiterInnen. Diese arbeiteten hauptsächlich in der Konsumgüterindustrie, deren Produkte vor allem auf dem Binnenmarkt abgesetzt wurden. Exportiert wurden (und werden) vor allem Öl und landwirtschaftliche Produkte. (Mit abnehmender Kaufkraft steigt der Export, z.B. von Milchprodukten, während der Pro-Kopf-Verbrauch im Land sinkt und Kinder hungern.) Eine Investitionsgüterindustrie entstand jedoch nicht; Maschinerie wurde importiert. Trotz hoher Agrarproduktion arbeiten in der Landwirtschaft prozentual weniger Menschen als in der BRD (Argentinien 0,8% – BRD 2,8%). 89% der Menschen leben in Städten (BRD 87%).

Argentinien hat eine lange Geschichte von Arbeiterkämpfen. Der letzte Kampfzyklus wurde 1976 mit der Militärdiktatur beendet, während der 30 000 Menschen ›verschwanden‹. Die meisten Opfer waren gewerkschaftlich und politisch aktive ArbeiterInnen.³ Im Schatten der Militärs begann der neoliberale Angriff auf die Arbeiterklasse, der von den folgenden Zivilregierungen mit Privatisierungen und Marktliberalisierung fortgeführt wurde.

Von den Privatisierungen waren vor allem die Ölarbeiter und die Beschäftigten von Telefongesellschaft, Bahn und Wasserwirtschaft betroffen. Die staatliche Erdölgesellschaft YPF und die Telefongesellschaft wurden an spanische Multis – Repsol und Telefónica – verkauft. Schon im Vorfeld der Privatisierungen kam es dort zu Massenentlassungen.

Zudem wurden Zollbeschränkungen abgebaut und der Markt liberalisiert. Auch die 1991 eingeführte Dollar-Parität begünstigte Importe. Billiglohnimporte aus Asien und subventionierte Importe aus den USA und der EU führten zum Abbau nationaler Industrie. Aus Produktionsunternehmen wurden Importeure und Händler. Die Privatisierung des Transports führte zu Verteuerungen und Streckenstilllegungen, was wiederum die Klein- und Mittelbetriebe in den Provinzen in Mitleidenschaft zog. Staatliche Subventionen

³ Wie z.B. die linksoppositionellen Betriebsräte von Mercedes-Benz in Buenos Aires, die von der Firmenleitung denunziert und von den Militärs entführt und ermordet wurden. Der Fall und die Verwicklung der deutschen Konzernzentrale werden zur Zeit juristisch wieder aufgerollt. Siehe Dokumentation auf Labournet: <http://www.labournet.de/branchen/auto/dc/ar/deutsch.htm>

flossen in das Großkapital, nicht in produktive Investitionen von Klein- und Mittelbetrieben. Lebensmittel-, Textil- und Konsumgüterindustrie gehen zurück. Durch die Massenentlassungen in der Ölindustrie stürzen ganze Ortschaften ins Elend ab. Die Entlassungen beginnen Ende der 80er Jahre in den Provinzen und kommen zehn Jahre später in den Industrievororten von Buenos Aires an.

Die 90er Jahre sind das Jahrzehnt der scharfen sozialen Polarisierung. Das Proletariat differenziert sich in arbeitslose Verlierer und in noch beschäftigte Besitzstandswahrer. Auf der anderen Seite stehen die Absahner: die Reichen werden immer reicher. Während die entlassenen Öl- und Fabrikarbeiter zu Langzeitarbeitslosen und Armen werden, können die Staatsangestellten des Öffentlichen Dienstes ihre Position – auch durch Streiks – halten. Die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst steigt bis Ende der 90er Jahre sogar noch an. Auch der Bausektor bleibt bis dahin stabil. Zur »Mittelschicht« zählen sich in Argentinien alle, die über einen Job mit geregelterem Einkommen verfügen, auch die noch beschäftigten IndustriearbeiterInnen. In diesem Sinn lässt sich davon sprechen, dass die Mittelschicht in den 90er Jahren ihren Lebensstandard halten konnte, denn die Reallöhne bleiben bis zum Kriseneinbruch 1998 stabil. In der zweiten Hälfte der 90er kommt es sogar zu einem Boom in der Autoindustrie, weil die inländische Nachfrage stark ansteigt.

Mit dem Kriseneinbruch 1998 kommt es zu einer Massenverarmung und Proletarisierung vorher relativ gutsituierter Leute. Auch die Einkommen der Mittelschichten reichen zum Lebensunterhalt nicht mehr aus; sämtliche Familienmitglieder müssen einen oder mehrere Jobs machen. Löhne und Kaufkraft sinken dramatisch, v.a. seit der Peso-Abwertung Anfang 2002. Seit dem Kriseneinbruch 1998 hat sich der Abbau der Industrie beschleunigt. Seitdem sind 30% der Arbeitsplätze abgebaut worden; von einer Million IndustriearbeiterInnen Anfang der 90er Jahre sind noch 630 000 übriggeblieben. In Argentinien findet sich die weltweit höchste Konzentration von arbeitslosen IndustriearbeiterInnen. Mehr als die Hälfte der 36 Millionen ArgentinierInnen leben inzwischen unter der Armutsgrenze, und das sind bei weitem nicht mehr nur Arbeitslose: Fast 20% der IndustriearbeiterInnen und mehr als 15% der offiziell Beschäftigten in Handel und Bau leben unterhalb der Armutsgrenze.

Verteilung der lohnabhängig Beschäftigten (im Jahr 2000, nach ILO)	
Lohnabhängige insgesamt	5 975 900
Industrie	892 000
Bau	333 200
Transport	525 900
Öffentlicher Dienst	631 800
Schule	578 100
Krankenhaus	389 600
Beschäftigte in Privathaushalten	500 000
Selbständige ArbeiterInnen	1 789 500

Die informelle Arbeit macht nach offiziellen Angaben 41% der Beschäftigung aus. Neue Berufe haben Konjunktur. In der Provinz Buenos Aires kommen auf 45 000 staatliche Sicherheitskräfte mehr als 70 000 private Wachleute, von denen mehr als die Hälfte schwarz arbeiten. Jede Nacht kommen 40 000 Menschen aus den Außenbezirken nach Buenos Aires, um aus den Mülltüten am Straßenrand Papier und andere verwertbare Stoffe herauszusortieren. Die Hälfte von ihnen waren vor einem Jahr noch ArbeiterInnen oder Angestellte. Da man heutzutage in der Fabrik nie weiß, ob man wirklich Lohn bekommt – die Lohnrückstände betragen oft 3-6 Monate – werden die Sofortpesos für Altpapier zur besseren Alternative. Die Zahl der Menschen, die Armutsarbeiten wie Kartonsammeln oder Straßenverkauf machen, ist seit 1998 um 773 000 auf 1,8 Millionen gestiegen.

Der Kriseneinbruch hat in Argentinien zu einer Homogenisierung der Lebensbedingungen auf niedrigstem Niveau geführt.

Zum Stand der Bewegung, ein Jahr nach dem Aufstand

Piqueteros

Die organisierten Arbeitslosen sind die derzeit stärkste Bewegung der Arbeiterklasse in Argentinien. Der Begriff piqueteros taucht zum ersten Mal im

Juni 1996 auf, in Neuquén, einer der Erdöl-Provinzen. In den kleinen Ortschaften Cutral Co und Plaza Huincal (58 000 EinwohnerInnen) wurden nach der Privatisierung der staatlichen Erdölgesellschaft 4000 Arbeiter entlassen. Als der Vertrag mit einer Düngemittelfabrik platzt, und damit auch das Versprechen auf neue Arbeitsplätze, kommt es in den Orten sechs Tage lang zu einem Aufstand, an dem sich die Hälfte der BewohnerInnen beteiligt. Sie blockieren sämtliche Zufahrten zu den Orten und zur Raffinerie mit massiven Straßensperren. Die piquetes – eigentlich: Streikposten – sind erfunden. Schon in diesem Aufstand liegt die Entscheidung über das Vorgehen bei Versammlungen von bis zu 5000 Leuten, und Politiker haben das Problem, dass sie keine Ansprechpartner für Beschwichtigungsverhandlungen finden.

Im folgenden Jahr, im Mai 1997, wird in der nördlichen Provinz Jujuy die Brücke, die die Hauptverbindung zu Bolivien bildet, vier Tage lang blockiert – nachdem der Vorzeigebetrieb der Provinz, die Eisen- und Stahlwerke Aceros Zapla im Zuge der Privatisierung von 5000 auf 700 Beschäftigte reduziert worden war. Zollsenkungen und Billigimporte ließen weitere Industriearbeitsplätze verschwinden. Die Blockaden dehnen sich auf weitere Provinzen aus. Präsident Menem führt die Planes Trabajar ein, eine Art ABM-Programm für Arbeitslose.

Manche piqueter@s haben ihr ganzes Leben in Armut verbracht und im informellen Sektor gearbeitet, als StraßenverkäuferInnen, Gelegenheitsarbeiter oder Hausangestellte. Aber viele andere sind ehemalige IndustriearbeiterInnen, die in der Öl-, Metall- und Textilindustrie gut verdient haben und über gewerkschaftliche Erfahrung verfügen. An den piquetes beteiligen sich auch Noch-Beschäftigte. Es geht meist nicht nur um Forderungen von Arbeitslosen, sondern auch um ausstehende Löhne von Staatsangestellten, um Wohnungen für Obdachlose, usw. Nach weiteren Aufständen in nördlichen Provinzen, an denen auch Transport- und Bauarbeiter beteiligt sind, kommt die Bewegung im Jahr 2000 in der Hauptstadt an, in La Matanza, einem Vorort, in dem zwei Millionen Arme zwischen hunderten von stillgelegten Fabriken leben. Hier finden die größten Blockaden statt.

2001 ist das Jahr der landesweiten Organisierung der piqueteros, Anfang 2002 sind mehr als 200 000 von ihnen organisiert (eigentlich eher piqueteras, denn die Frauen sind in der Mehrheit). Drei Strömungen haben sich her-

ausgebildet.⁴ In dieser ›Vielfalt‹ finden sich die aktuellen politischen Differenzen wieder – von klassischer Lobbypolitik über traditionelle Parteivorstellungen von Machtübernahme bis hin zur Weltveränderung ohne Macht:

- Piqueteros im Gewerkschaftsdachverband CTA und in der ML-Gruppe CCC. Sie sind hierarchisch organisiert, verhandeln mit der Regierung, und sind bereit, sich von »gewalttätigen« piqueteros zu distanzieren.
- Bloque Nacional Piquetero. Hier haben sich die piqueteros zusammengeschlossen, die linken Parteien nahestehen.
- CTD Aníbal Verón. Koordination von piquetero-Gruppen, die unabhängig von Parteien und Gewerkschaften sind, und mit dem Aufbau eigener Betriebe als Selbsthilfeprojekte ein Konzept von Gegenmacht im Stadtteil verfolgen.

Asambleas

Die Stadtteilversammlungen sind aus dem Aufstand entstanden. Sie sind grundsätzlich öffentlich und finden im öffentlichen Raum statt. Zuerst auf der Straße, im Winter haben sie leerstehende Gebäude besetzt, wo sie außerdem Volksküchen, selbstorganisierte Bäckereien für billiges Brot oder Medikamentenproduktion zu erschwinglichen Preisen betreiben.

Die proletarisierten Mittelschichten haben ein neues Verhältnis zu piqueteros und Armen entwickelt. Solange sie sich das Autofahren noch leisten konnten, haben sich manche über die Blockaden der zerlumpten piqueteros aufgeregt. Heute applaudieren sie, wenn die piqueteros bei gemeinsamen Demos auflaufen. Sie haben auch die Organisations- und Aktionsformen der piqueteros übernommen, Versammlungen und Straßenblockaden. Die *asambleas* haben den Spaß am Widerstand und die Solidarität entdeckt, und sie kümmern sich um die sozialen Fragen im Stadtteil: sie fordern billige Strompreise für Arbeitslose und verhindern Stromabschaltungen und Zwangsräumungen, zudem verteidigen sie die besetzten Betriebe.

Schon früh kam die Parole auf »Piquete und Kochtopf – ein Kampf«. Sie drückt einen Anspruch aus, der sich in verschiedenen Konfrontationen bewährt hat. Aber trotz aller Homogenisierung bleiben die Lebenswelten der *piquetes* und der Kochtöpfe verschiedene: Die Mittelschichten, die vielleicht immer noch hoffen (wenn auch immer weniger), durch die Rückgabe ihrer

⁴ Siehe dazu *Wir sind alle Piqueteros* <http://www.wildcat-www.de/aktuell/a015piqu.htm>.

Sparguthaben den Anspruch auf ein besseres Leben verwirklichen zu können – die piqueteros, die keine greifbare Perspektive auf Arbeitsplatz und Wohlstand sehen – und dazwischen die ArbeiterInnen der besetzten Betriebe, die versuchen, ihre Arbeitsplätze festzuhalten.

Besetzte Betriebe

Über die Hälfte der Industriekapazität in Argentinien liegt brach. Inzwischen sind mehr als 100 Betriebe, die pleite waren oder kurz davor standen, von ihren ArbeiterInnen instandbesetzt und ans Laufen gebracht worden. Die meisten besetzten Betriebe sind Klein- und Mittelbetriebe (Nahrungsmittel, Textil, Glas, Papier, Aluminium, Druckerei, usw., mit im Durchschnitt 70 Beschäftigten). 10 000 ArbeiterInnen machen Erfahrungen mit Basisdemokratie im Betrieb, stellen das Privateigentum praktisch in Frage und müssen das teilweise handgreiflich gegen die Staatsgewalt durchsetzen. Sie werfen die kapitalistische Arbeitsorganisation über den Haufen und demonstrieren, dass es zum Produzieren keine Chefs braucht.

Selbstverwaltete Betriebe als Inseln im Meer der kapitalistischen Krise sind jedoch ein widersprüchlicher Versuch, der leicht in der Selbstverwaltung der Krise stecken bleiben kann. Dass ein paar tausend ArbeiterInnen in verlassenem Fabriken auf eigene Rechnung arbeiten und damit ihr Überleben sichern, muss nicht unbedingt weitergehende Folgen haben. »Diese Bewegung ist keine Bedrohung für kapitalistische Unternehmen«, schreibt *The Economist* (9.11.2002). Die Wiedereröffnung von Firmen unter Arbeiterkontrolle würde nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Kapitalgebern helfen, da sie die Maschinerie vor Verfall und Vandalismus bewahre. Sie zitieren damit den Anwalt und einen Vertreter der MNER, der Nationalen Bewegung instandbesetzter Betriebe, in der sich 2001 selbstverwaltete Kooperativen zusammengeschlossen haben. Bei so viel Beteuerung von Harmlosigkeit ist es kein Wunder, dass die MNER von Kirche, Gewerkschaften und Staat unterstützt wird. Zu ihrer ersten großen Versammlung im September kam ein Regierungsvertreter – und er durfte sogar reden! (was bei dem Hass auf Politiker in Argentinien sehr ungewöhnlich ist).

Unter dem Druck der Besetzungen hat die Regierung Enteignungsverfahren entwickelt, die an der Widersprüchlichkeit der Bewegung ansetzen und letzten Endes das Privateigentum bestätigen sollen. Die Gebäude werden den BesetzerInnen für zwei Jahre überlassen; in dieser Zeit bezahlt der Staat dem

Eigentümer eine Miete, danach haben die ArbeiterInnen ein Vorkaufsrecht. Die ArbeiterInnen sollen also mit ihrer Arbeit aus dem wertlosen Schrott, der in den Fabriken rumsteht, wieder Kapital machen, und dürfen es danach kaufen. Der Staat subventioniert die Eigentümer, nicht die ArbeiterInnen, die tragen nur das ganze Risiko. Trotz dieses betrügerischen Angebots haben sich einige besetzte Betriebe darauf eingelassen, und viele haben sich als Kooperativen legalisiert, weil sie damit Räumungen und Zwangsversteigerungen verhindern konnten. Mitte-Links-Parteien und Teile der Gewerkschaftsbürokratie unterstützen die Gründung von Kooperativen, und machen den BesetzerInnen Druck, sich auf ›realistische Lösungen‹ einzulassen. Sie haben offensichtlich Sorge, die Besetzungen könnten zum Anfang einer antikapitalistischen Bewegung werden. Auch der oben erwähnte *Economist*-Artikel fürchtet eine »Erosion der Eigentumsrechte«.

Einige besetzte Betriebe tun auch was für diese Erosion. Sie lehnen es ausdrücklich ab, Kooperativen zu gründen und fordern stattdessen ›Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle‹. Damit sind die Textilfabrik Brukman in Buenos Aires und die Keramikfabrik Zanón in der Provinz Neuquén zu einem Zentrum von Organisierung geworden, nicht nur für andere besetzte Betriebe, sondern auch für Arbeitslose, radikale ArbeiterInnen und oppositionelle Gruppen in den Gewerkschaften. Der Aufbau einer gemeinsamen Streikkasse wird von diesem Bündnis bereits in Angriff genommen. An diesen Treffen und Aktionen beteiligen sich auch besetzte Betriebe der MNER, die sich für die Kooperativenlösung entschieden haben. Bislang lassen sich die verschiedenen Fraktionen nicht gegeneinander ausspielen. Wenn der Versuch der BesetzerInnen von Brukman und Zanón, die Trennungslinien in der Klasse zu überwinden und ein Bündnis zwischen piqueteros und ›MittelklassearbeiterInnen‹ herzustellen, größere Ausmaße annimmt, könnte das eine neue Qualität ausmachen und die Macht grundlegend in Frage stellen.

Tauschringe (ein Exkurs)

Tauschringe in Argentinien werden von hier aus stark wahrgenommen – obwohl in ihnen sicher weniger Bewegung steckt als in den anderen beschriebenen Selbsthilfeprojekten. Der erste Tauschring in Argentinien wurde 1995 von dreissig Leuten gegründet. Mit der Krise hat sich das massenhaft ausgeweitet, auf dem Höhepunkt gab es 8000 Tauschclubs mit 3 Millionen

Mitgliedern, samt mitversorgten Familienmitgliedern also etwa 10 Millionen Menschen. Getauscht werden alle möglichen Dienstleistungen, Handwerk und Produkte, bis hin zu Autos, Grundstücken und Wohnungen.

Im Gegensatz zu den piqueteros und asambleas, die dem Mangel mit kollektiven und solidarischen Projekten begegnen, sind die Tauschringe eine zwar massenhafte, aber doch individuelle Krisenlösung, die der Marktlogik folgt. Jeder betritt den Markt als einzelner Anbieter oder Nachfrager, und die Chancen sind je nach Startbedingungen unterschiedlich. Zum Beispiel haben Leute, die noch Geld hatten, in Supermärkten eingekauft und die Waren im Tauschclub gegen höherwertige Dinge oder Dienstleistungen getauscht. Ein altbekanntes Modell: Wer Kapital hat, kann es vermehren, und wer keins hat, kann nur seine Arbeitskraft zum (Tausch)-Markt tragen.

Die Tauschmärkte funktionieren mit einer Alternativwährung, den créditos. Schon Anfang 2002 tauchten die ersten Fälschungen auf. Mitte des Jahres nahmen sie dann überhand, bis zu 90% der créditos waren gefälscht, es kam zu Spekulation und Inflation. Leute, die z.B. Kuchen für den Markt gebacken hatten, bekamen dafür noch nicht mal mehr genug créditos, um Zutaten für die nächste Produktion zu kaufen. Die Zahl der regelmäßigen TeilnehmerInnen sank auf 250 000.

Die Verfechter der Tauschringe sehen darin aber keinen Fehler der Marktwirtschaft, sondern allenfalls das Problem, dass der Markt zu groß geworden wäre, weswegen nun striktere Einstiegsregelungen eingeführt werden. Und gegen Fälschungen helfen bekanntlich Staat und Polizei, so auch bei den Tauschringen: Sie haben neue créditos ausgegeben und sie sich patentieren lassen – damit die Polizei in Zukunft Leute, die damit handeln, festnehmen kann ...

... und die Revolution?

Argentinien ist ein Laboratorium, in dem verschiedenste Gruppen neue soziale Erfahrungen ausprobieren und mit Basisorganisierung experimentieren. Trotz aller Widersprüche, die in dieser Vielfalt auftreten, liegt darin ein großer Reichtum. In der Welle von Politisierung und Mobilisierung sehen einige linke Parteien die Chance, »Revolution und Machtfrage« – auf die Tagesordnung zu setzen. Sie rufen zu einem weiteren ›Argentinazo‹, einem Volksaufstand zum Sturz der Regierung auf. Aber BasisaktivistInnen kri-

tisieren derartige Aufrufe als leichtfertig und unverantwortlich gegenüber einer Bewegung, die erst am Anfang steht. Hunderttausende gehen auf die Straße und organisieren sich – aber die restlichen Millionen bleiben noch untätig. Die Bewegung ist noch nicht auf große Konfrontationen vorbereitet. Bisher gehen nur die piqueteros mit organisiertem Selbstschutz auf die Straße, und der besteht bislang nur aus Tüchern und Knüppeln. Die Leute lernen erst, sich zu organisieren und zu bewegen. Dabei haben sie allerdings in kurzer Zeit große Schritte gemacht. Sie übertreten Regeln, stellen alle möglichen Normen in Frage und erfinden sie neu. Der Aufstand hat für viele Menschen den Alltag und die Verhältnisse untereinander verändert. Unmögliches wird gefordert und gedacht.

Aber es wird in Argentinien kurzfristig nicht zu einer Revolution nach dem Muster »Wir stürmen das Winterpalais« kommen. Zum einen haben die ArgentinierInnen das vor einem Jahr ja schon gemacht: Sie haben den Regierungspalast, die Casa Rosada gestürmt und mehrere Präsidenten verjagt. Die derzeitige Regierung ebenfalls zu stürzen, wäre vielleicht im Moment ein Schritt zu weit. Denn was käme dann? Fast alle Antworten auf diese Frage haben was mit militärischer Unterdrückung oder Militärinvasion zu tun ... Es wäre aber auch zu wenig, denn die soziale Revolution ist kein triumphaler Aufstand, nach dem sich alles ändert. Sie ist ein langer Prozess, in dem die Staatsmacht aufgelöst wird, die Fragen der eigenen Reproduktion gemeinsam angegangen werden, Formen der gesellschaftlichen und politischen Organisation ausprobiert und verworfen werden. All das können wir im argentinischen Laboratorium zur Zeit beobachten. Aber die soziale Revolution läßt sich auch nicht auf die molekularen Veränderungen im Alltag runterbrechen. Die Revolte muß weiter gehen, muß sich verallgemeinern, sonst verkümmert sie. Die Grenzen der Bewegungen liegen im Staat (Militärmacht; Abtrennung von den Bewegungen in Uruguay, Brasilien usw.) aber auch in der Bewegung selber: Alles Mögliche und Unmögliches wird in Frage gestellt, aber die Arbeit läuft weiter. In den Zentren der (Re)-Produktion finden bislang kaum offene Kämpfe statt. Es gibt ein paar Ausnahmen, wie Streiks im Öffentlichen Dienst, oder die so wunderbar unzeitgemäße Kampagne der Metro-ArbeiterInnen in Buenos Aires, die mitten in der Krise die Wiedereinführung einer alten Errungenschaft gefordert haben: die Verkürzung ihrer täglichen Arbeitszeit auf sechs Stunden wegen ungesunder Arbeitsbedingungen, selbstverständlich bei vollem Lohnausgleich. Für diese

Forderung gab es mehrere Mobilisierungen – aber keine größeren Streiks. Diese Macht bleibt noch ungenutzt: wenn zu den Straßenblockaden der piqueteros der Streik der TransportarbeiterInnen hinzukäme, und wenn ...

Wenn wir nicht nur ein paar Spielregeln ändern, sondern die ganze Gesellschaft umwälzen wollen, dann kommen wir an den Produktionsverhältnissen nicht vorbei. Aber das geht in der Weltwirtschaft nicht in einem Land allein. Dafür muss es auch an anderen Stellen unseres globalen Zusammenhangs losgehen. Solange die ArbeiterInnen in Argentinien isoliert bleiben und nicht das Vertrauen haben können, dass ihre Streiks anderswo ein Echo finden und aufgegriffen werden (wie in den 70er Jahren), werden sie den Schritt von der Revolte zur Revolution kaum wagen, weder im Betrieb, noch auf der Straße.

Ganz Lateinamerika ist ein Pulverfass. Und der argentinische Krisenabsturz könnte leicht getoppt werden: Lula hat bei seinem Amtsantritt ein Land übernommen, das 300 Mrd. Dollar Schulden hat, 80% des brasilianischen Bruttosozialprodukts (Argentinien hatte im Dezember 2001 etwa 140 Mrd. Dollar Schulden, das entsprach 52% seines BSP). Noch gibt es keine Signale dafür, dass der Aufstand in weiteren Ländern übernommen würde. Auf dem Rest des Kontinents ist die Armut älter, oder die Verarmung entwickelt sich langsamer – und es bestehen vielerorts immer noch Hoffnungen auf eine parlamentarische Rettung. Diese Illusionen könnten aber gerade in Brasilien sehr schnell verfliegen: 41% der Kredite laufen in diesem Jahr aus und müssen bedient werden! Die Krise der Weltwirtschaft wird auch Länder und Regionen außerhalb Lateinamerikas erfassen, und für den Fall können wir von den Erfahrungen und Versuchen in Argentinien sicher einiges lernen: von den asambleas, von den piqueteros und den ArbeiterInnen der besetzten Betriebe ...

Der Schrei und die Arbeiterklasse

John Holloway: »Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen«

John Holloways Buch »*Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen*« macht die bundesdeutsche Linke mit einer angelsächsischen Theorietradition bekannt, die hierzulande undenkbar zu sein scheint. Holloway, der zusammen mit Werner Bonefeld und Kosmas Psychopedis zunächst die Zeitschriftenreihe *Open Marxism* und später *Common Sense* herausgegeben hat, bezieht sich kritisch sowohl auf den italienischen Operaismus als auch auf die Kritische Theorie.

Die hiesige Linke scheitert immer wieder dabei, verschiedene Theorien zu historisieren und »aufzuheben«. Holloway liefert dafür einen Versuch: er steht kritisch zu beiden Theorietraditionen, und bricht sich die Stücke heraus, die er politisch brauchen kann. Redakteure und Autoren der *Subtropen* (Beilage der *Jungle World*) oder der *Fantomas* (Magazin der Monatszeitung *analyse und kritik*) gehen da anders vor: der Operaismus wird als subjektivistisches Abfeiern des Klassenkampfes betrachtet und deswegen als altbackene Revolutionstheorie abgelehnt; die Kritische Theorie wird als Theorie über das Scheitern der Revolution angesehen und als zu pessimistisch verworfen; heraus kommt ein Liebäugeln mit dem Postoperaismus, der am prominentesten von Antonio Negri vertreten wird. Es geht nicht um eine kritische Aneignung oder Überwindung, wie Holloway sie betreibt, sondern um die neueste Philosophiemode (was man an dem unkritischen Umgang mit den von Hardt/Negri umkodierte Begriffen wie »Biomacht« und »Multitudo« erkennen kann).

Was später als »italienischer Operaismus« bekannt wurde, war zu Beginn der 60er Jahre der vielgestaltige Versuch von marxistischen Dissidenten, neue Praxis- und Theoriefelder zu eröffnen (sie gingen wieder zu den Arbeitern, sie lasen Marx neu, sie kritisierten den offiziellen Marxismus, sie eigneten sich die neuesten Untersuchungsmethoden der damaligen Industriesoziologie an usw.) Sie legten Mitte der 60er Jahre wichtige theoretische Texte vor, die in vieler Hinsicht eine Revolutionierung des Marxismus bedeuteten. In ihnen wurde mit der Vorstellung der Neutralität von Technik und Ma-

schinerie gebrochen, und sie entschlüsselten das Arbeiterverhalten als Verweigerung der Arbeit.

Mit dieser Tradition hat der heute weithin begeistert aufgenommene Postoperaismus von Negri und Co. schon lange gebrochen. Bereits Negris Schriften zu Beginn der 70er Jahre (die auch in der BRD diskutiert wurden) breiteten einen faszinierenden Mix aus Voluntarismus (die Partei erschafft die Arbeiterklasse) und Strukturalismus (alle Situationen sind prinzipiell »überdeterminiert« – gerade daraus entspringt dann die Notwendigkeit und die Rolle der Kader und der Partei!) aus. Spätestens seit der 77er Bewegung in Italien hat sich Negri im Flirt mit dem französischen Poststrukturalismus à la Deleuze und Guattari vom Marxismus und der Methode der materialistischen Kritik abgewendet. Die bundesdeutschen Fans von *Empire* berauschen sich an den vom Poststrukturalismus übernommenen Begriffen wie »Bio-Macht« und »Deterritorialisierung«. *Empire* eröffnet ihnen einen neuen Kosmos, wieder positiv über Widerstandsformen sprechen zu können, weil es den Gedanken der Aufhebung und der Negativität ablehnt.

Auf der anderen Seite hat sich ein Häuflein kritischer Kritiker in der deutschen Linken versammelt, die im Rückgriff auf Adornos Abwendung vom Marxschen Praxis-Begriff einen allgemeinen Verblendungszusammenhang behaupten, den nur der Kritiker durchdringen könnte. Sie halten an der Negativität fest, jedoch mit allerhand erkenntnistheoretischen Implikationen: wenn der Verblendungszusammenhang so total ist, was prädestinierte gerade die Kritiker, ihm zu entkommen? Kritik wird zur elitären Pose. Die Negativität wird in einen Zirkel eingespannt und landet schließlich in einer Beschwörung des ganzen falschen Zustands.

John Holloway geht einen anderen Weg: er bezieht sich auf Marx und durchaus in dem Sinne, dass – dem kritischen Materialismus folgend – der Fetischismus zum Schlüssel des Verständnisses gesellschaftlicher Verhältnisse wird. Er ist ein profunder Kenner der kritischen Theorie und teilt Adornos Ablehnung des Identitätsdenkens. Allerdings misst er – dem frühen Operaismus folgend – dem Klassenkampf eine entscheidende Rolle zu. Entgegen dem postoperaistischen Getöse vom »ontologischen Antagonismus der Vielheit« und der produktiven, spinozistischen »Multitudo« geht Holloway von einem bipolaren Antagonismus aus. »*Die Welt verändern ...*« ist schon allein deswegen ein wichtiges Buch, weil es die fetischisierte Debattenkultur

der deutschen Linken – Fans von allem, was »Post-« ist, auf der einen und kritische Kritiker auf der anderen Seite – unterlaufen könnte.

Holloway hat nichts gemein mit den Staatsmarxisten, die über die Eroberung der Staatsmacht den Sozialismus aufbauen wollen. Ebenso wenig hält er von der Vorstellung, eine machtvolle Gegen-Totalität in Form einer revolutionären Partei aufzubauen, wie sie im theoretischen Konzept von Georg Lukacs auftaucht. Unter den Aufständischen in Argentinien ist Holloway wohl auch deswegen kein Unbekannter. Der argentinische Aufstand zeigt, dass sich die alten klassischen Politik- und Machtvorstellungen totgelaufen haben und die Leute auf der Suche nach anderen Modellen sind. Holloway allerdings kann die Fragen der Aufständischen zwar theoretisieren, aber auch keine Antworten geben.

Denn wie kommt man zu einem fundamentalen Veränderungsprozess ohne Machtübernahme? Holloway hat die Möglichkeit dieses Prozesses mittels einer existenzialistischen Setzung in sein Denkmodell eingebaut. Am Anfang steht für ihn »der Schrei«. Hier wiederholt Holloway Positionen, die er schon vor Jahren entwickelt hat.¹ Der Schrei ist zugleich ein Erschrecken über die Welt und ein Schrei nach einer anderen Welt. Der Schrei ist eine Spannung zwischen dem Existierenden und dem Vorstellbaren. Der Schrei ist gegen den Macht-Realismus eines Machiavelli gerichtet, der nur das gelten lässt, was ist, und nicht, was wir uns wünschen. Holloways Schrei will die Macht enden sehen, und nicht – wie Foucault – das ewige Machtspiel bloß nominalistisch² darstellen. Der Schrei ist Ausdruck des »*konsequenten Bewusstseins von Nichtidentität*«: wir sollen identisch werden mit etwas, das uns fremd ist. Unser Tun wird gebrochen und in uns äußerliche Formen gepresst, unsere Subjektivität objektiviert. Zwar teilt Holloway den Angriff von Strukturalismus und Postmodernisten auf die Vorstellung eines freien, autonomen Subjekts, hält aber wie Adorno daran fest, das Subjekt nicht zu leugnen, sondern es vor der idealisierten Vorstellung eines einheitlichen Subjektes zu retten. Das Subjekt bürgerlicher Theorie schreit nicht, es ist mit sich identisch. Holloways Subjekt dagegen schreit aufgrund seiner zerrissenen Sub-

¹ Vgl. dazu »Vom Schrei der Verweigerung zum Schrei der Macht«; deutsch in Wildcat-Zirkular 34/35.

² Als Nominalismus wird eine philosophische Position bezeichnet, die die Begriffe, die die Menschen von der Welt haben, als bloße Namen (nomina) versteht, deren Existenz sich auf das gesprochene Wort beschränkt.

ektivität und ist gerade deshalb Subjekt. Subjektivität ist für ihn nur als negative denkbar, sie kann nur antagonistisch zur eigenen Objektivierung existieren, wir schreien, weil wir nicht-identisch sind.

Holloway liest die Kritische Theorie gegen das Feuilleton und die Interpretation der neuen kritischen Kritik, die nur noch die kulturpessimistische Geste der Kritischen Theorie sehen wollen. Adorno wird mit dem Schrei konfrontiert und gefragt, ob denn tatsächlich die Verhältnisse bereits vollständig objektiviert und fetischisiert sind. Geht man vom bereits abgeschlossenen Fetischismus aus, so kassiert man den Kampf um die Fetischisierung, betreibt also selbst einen Fetischismus. Die Kategorie des Fetischismus wird in einem Rückgriff auf Marx wieder an den Ausbeutungsprozess, dem die Kritische Theorie keine Beachtung schenkte, angedockt: *»Wird die Verbindung zwischen dem materiellen Prozess der Ausbeutung und der Fetischisierung des Denkens getrennt, dann wird Verdinglichung und Fetischisierung auf ein bloßes Werkzeug der Kulturkritik, auf ein gehobenes Stöhnen reduziert.«* (S. 90)

Der Kern der Objektivierung, der Identifizierung, des Fetischismus-als-Prozess ist für Holloway der Klassenkampf. Hier findet der Versuch statt, das Tun zu brechen und hier wird gegen diesen Versuch rebelliert. Es gibt keinen Klassenkampf von unten oder von oben, sondern er ist Kern der Fetischisierung. Klassenkampf ist der Versuch der Klassifizierung und Widerstand gegen das Klassifiziert-Werden. Holloway betrachtet die Identität der Arbeiterklasse als *»Nicht-Identität«*. Er kritisiert hier vollkommen zu Recht alle Versuche, die Arbeiterklasse als positives Subjekt und nicht als Negation zu begreifen: von der Sozialdemokratie bis zum Operaismus. Auch bei Negri/Hardt liegt der Träger des Antagonismus, der im postmodernen Gewand als *»Multitudo«* daherkommt, positiv vor. Die Multitude ist mit sich identisch, sie ist produktiv und muss nicht gegen die Form kämpfen, in die sie gepresst wird.

In seinem negativen Klassenbegriff liegt Holloways Stärke. Doch dieser Klassenbegriff entgleitet zu frühmarxistischen Bestimmungen, zu einem Kampf gegen die *»Entmenschlichung der Menschheit«*. Der konkreten Ausbeutung misst Holloway wenig Bedeutung zu. Der Ort der Mehrwertproduktion sei unwichtig. Nachdem er ehemals die *»Arbeit«* ins Zentrum seines Verständnisses der Welt gestellt hatte, und für seinen damals unscharfen Arbeitsbegriff kritisiert wurde, der eben nicht die spezifisch kapitalistische Form der

Ausbeutung beinhaltet³, ist er nun dazu übergegangen, statt über Arbeit über »das Tun« zu reden, statt über Kapital über »das Getane«. Dies ist Holloways Bemühen geschuldet, jegliche Orthodoxie zu vermeiden. Hier stellt er sich aber ein Bein, weil sein »Tun« eben *jedes* menschliche Tun umfasst. Aber nicht alles menschliche Handeln ist Arbeit und unterliegt der Mehrwertauspressung. Aufgrund dieser Aufweichung der Begriffe kommt Holloway zu einem nichtssagenden Klassenbegriff. Wo er noch versprach, den materialistischen blinden Fleck der Kritischen Theorie zu beheben, erblindet er selbst: Die Arbeiterklasse – »*wir können sie nicht sehen, untersuchen, organisieren, denn die Arbeiterklasse, als revolutionäre Klasse, ist nicht: sie ist Nichtidentität*« (S. 174). Holloway fällt hier wieder in die Vagheiten der Kritischen Theorie zurück. Es ist schleierhaft, warum Holloway die Untersuchungen der Arbeiterklasse ablehnt, während er an dem Begriff festhalten will. Warum sollte man eine Call-Center-Arbeiterin auf die konkrete »Entmenschlichung« im Arbeitsprozess nicht befragen können? Warum sollte man nicht die Klassenzusammensetzung der Zapatistas, die Holloway immer wieder als leuchtendes, und gerade deswegen unglaubwürdiges Beispiel von nicht-identitärem Kampf anführt, untersuchen können? Weshalb sollten sich südkoreanische Werftarbeiter nicht fragen, was sie als Arbeiter mit den Kämpfen beispielsweise der chinesischen oder indonesischen Textilarbeiterinnen verbindet? Unterscheiden sich die Fragen, die sich die Arbeiterinnen einer besetzten Fabrik in Argentinien stellen, von denen, die in einem Tauschring in Buenos Aires anstehen? Anstatt in der Untersuchung des Ausbeutungsprozesses und vor allem der Kämpfe innerhalb und gegen diesen Prozess nach Antworten zu suchen, jongliert Holloway mit philosophischen und allgemein-menschlichen Begriffen.

Dennoch möchte Holloway nicht bloß an der existenzialistischen Rückversicherung festhalten, dass wir alle schreien. Der Schrei muss für ihn Ausdruck des »*materiellen Vorhandenseins der Anti-Macht*« sein. Diese Überlegung führt ihn zum Krisenbegriff. Die Krise ist für Holloway Ausdruck der Entkopplung gesellschaftlicher Verhältnisse. Im Kapitalismus ist im Gegensatz zum Feudalismus die formale Freiheit gegeben.⁴ Die Kapitalisten stre-

³ »Offener Brief an John Holloway«; Wildcat-Zirkular 39.

⁴ Auf diesen Umstand kommt Holloway immer wieder zu sprechen. Weil es ihm an einer Analyse des Produktionsprozesses mangelt, gerät ihm die formale Freiheit der ProduzentInnen zum Charakteristikum kapitalistischer Ausbeutung. Das Kapitalverhältnis wird

ben danach, ihre Arbeiter aussuchen zu können, aber auch die Arbeiterinnen haben die Möglichkeit, sich auf die Suche nach anderen Kapitalistinnen zu machen. Nur die Form der Ausbeutung bleibt bestehen, weil die ProduzentInnen im Zuge der »ursprünglichen Akkumulation«, die sich als Prozess immer wiederholt, von ihrem eigenen Tun und ihren Produktionsmitteln getrennt werden. Arbeit und Kapital streben ständig danach, sich von ihrer wechselseitigen Abhängigkeit zu befreien: hier ist die Quelle der eigentlichen Zerbrechlichkeit des Kapitalismus. Holloway begreift das Kapitalverhältnis als ein soziales Verhältnis von gegenseitiger Abhängigkeit einerseits und als Kampf andererseits. Doch er fasst dieses Verhältnis unhistorisch. Es gerät ihm zu einem unkonkreten Herr-Knecht-Verhältnis, in dem die »*reine Unruhe des Lebens*« zur treibenden Kraft wird. Das Kapital befindet sich in diesem Verhältnis auf der Flucht vor der immer gegebenen Aufsässigkeit. Holloway projiziert diese Vorstellung von Klassenkampf sogar in die Geschichte zurück und versucht sich mittels eines so verstandenen »Klassenkampfes« den »Übergang« vom Feudalismus zum Kapitalismus zu erklären.

In »*Die Welt verändern...*« folgt Holloway der Marxschen Vorstellung vom tendenziellen Fall der Profitrate und beschreibt, wie das Kapital selbst die Krisentendenz weiter anheizt, indem es versucht, die Ausbeutung der lebendigen Arbeit zu umgehen, die lebendige Arbeit durch Maschinen ersetzt und eine Flucht in die Finanzmärkte vornimmt. Holloway bemüht das Bild eines Hundes und seines Besitzers: im Kampf um die Unterordnung des Hundes hat der Herr seine Leine. Die kann Spielraum und relative Freiheit gewähren. Das Kapital kann in Form des Kredits die Ausbeutung umgehen und für eine Zeit Geldakkumulation anstelle realer Akkumulation betreiben. Doch entgegen so mancher Position, die meint, der Kapitalismus könne tatsächlich auf spekulative, immaterielle oder andere, die Wertproduktion umschiffende Weise aus Geld mehr Geld machen, hält Holloway am Wertgesetz fest. Die Krise erinnert immer wieder daran, dass in der jetzigen Form der Vergesellschaftung keine Emanzipation von der lebendigen Arbeit möglich ist. Weder können sich die Arbeiter durch den Kauf von T-Aktien von der fremdbe-

dabei für ihn zu einem Verhältnis wechselseitiger Flucht. Die Kapitalisten fliehen vor der aufsässigen Arbeitskraft, die Arbeiter vor der Ausbeutung. Diesen wichtigen Gedanken hatte er schon früher in seiner Polemik »Capital moves« entwickelt (siehe Wildcat-Zirkular 25).

stimmten Plackerei lösen, noch kann das Kapital durch den Verkauf derselben der Ausbeutung der lebendigen Arbeit auf lange Sicht ausweichen!

Diese starke und doch alte Erkenntnis reicht Holloway aber nicht. Er muss diese Überlegung mit seinem existenzialistischen und subjektivistischen Grundbild des Schreies verbinden: »*Wir sind die Krise, wir-die-wir-schreien, auf der Straße, auf dem Land, in den Fabriken, in den Büros, in unseren Wohnungen und Häusern ...*« (S. 234) Eine solche subjektivistische Krisentheorie war schon immer die größte Schwäche des alten Operaismus (»Die Arbeiterklasse produziert die Krise«); aus der richtigen Beobachtung, dass Klassenkämpfe und gesellschaftliche Rebellion Ende der 60er Jahre den Keynesianismus in die Krise trieben, wurde ein überhistorisches Deutungsmuster. Doch diesem vermeintlichen Generalschlüssel bleiben einige Türen verschlossen. Eine Krisentheorie auf der Höhe der Zeit hätte gerade darauf zu reflektieren, dass das kapitalistische Weltsystem in einer tiefen Krise steckt, ohne dass weltweite Klassenkämpfe als Krisengrund zu entdecken sind.

Dennoch ist »*Die Welt verändern ...*« ein wichtiger Beitrag, der gegenüber dem affirmativen Postoperaismus den Vorzug des negativen Denkens hat. Doch bei aller Entfetischisierung in der Theorie muss sich Holloway mit der Wirklichkeit und der daraus resultierenden Frage konfrontieren lassen, ob er nicht mit seinem unkritischen Bezug auf die Zapatistas selbst Fetischisierung betreibt, und ob er nicht die problematischen Suchprozesse in Argentinien dadurch idealisiert, dass er sie als bereits abgeschlossene Beispiele von Anti-Macht begreift.

John Holloway

Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2002, 255 S., 24,80 Euro

Wildcat-Zirkular Nr. 61, Januar 2002 (3 Euro)

Globaler Krieg um die Ordnung der Welt – Teil I: Die Proletarisierung der Welt und die (Öl-) Maschine des Kapitals • Krieg und Öl • Weiterhin krank. Ausbeutungsverhältnisse in Deutschland • **Beilage: Grauer September** (J.-P. Carasso / G. Dauvé / K. Nestic) • **Warum diese Verzweifelung?** (George Caffentzis)

Wildcat-Zirkular Nr. 62, Februar 2002 (3 Euro)

Enron – Die Schuldenspirale dreht sich schneller • **Streik bei McDonald's in Paris** • Kämpfe von MigrantInnen und die Schwäche der antirassistischen Bewegung • Ein drückend-heißer August in Barcelona: zur Repression gegen die MigrantInnen • **Zur Kraft der Situationistischen Kritik und ihrer Rezeption in Deutschland** • Um noch einmal auf die Situationistische Internationale zurückzukommen ... (Gilles Dauvé) • **»Neue Deutsche Wertkritik« – Marxismus in Zeiten des Neoliberalismus** • Streik- und Blockade-Aktionen der BahnreinigungsrInnen in Italien • **Beilage: Hintergründe der Intifada des 21. Jahrhunderts**

Wildcat-Zirkular Nr. 63, April 2002 (vergriffen)

Aktuelle Berichte: Streik bei McDonalds und FNAC • Ergänzungen zu »Hintergründe der Intifada des 21. Jahrhunderts« • Skandal aufgedeckt: Arbeitsämter schummeln bei der Statistik! • **Linke zwischen Nebelkerzen** • »konkret« nach dem 11. September – ein Kommentar • **Zur Kritik der Antideutschen Linken** • Marx und Universalität • **Beilage: El Argentino – Aufstand in Argentinien**

Wildcat-Zirkular Nr. 64, Juli 2002 (3 Euro)

Zum Stand der Bewegung (Antiglobalisierung) • Globaler Krieg um die Ordnung der Welt – Teil II: Der Weg zum Krieg und die Suche nach dem Imperium • **Beilage: Argentinien – Aufstand gegen die Politik** • Die Situation der Migranten in Buenos Aires • Streik bei der Putzfirma Arcade • **Migrantenstreiks in Italien** • Lotta Sporca – Zum Kampf der ReinigungsarbeiterInnen bei der italienischen Eisenbahn • **China – Klassenkämpfe im Wirtschaftswunder**

Immer noch aktuell!

Thekla 14: Ölwechsel – Klassenkampf und »neue Weltordnung«, Mai 1991, 160 Seiten, 3,50 Euro

Thekla 17: Midnight Oil – Arbeit, Energie, Krieg (u.a. Die Rekolonisierung der Ölfelder, Zusammensetzung der Arbeiterklasse im Mittleren Osten, Migranten im Sturm: Entrechtete Arbeiter und Petrodollars am Persischen Golf), Juni 1993, 176 Seiten, 7 Euro

Bestellung und Kontakt über **www.wildcat-www.de**

aus dem Inhalt:

- Streiks und Kämpfe in Großbritannien
 - Das Ende der Entwicklungsdiktaturen
 - Update: Argentinien
 - Venezuela: Ölstaat in der Krise
-

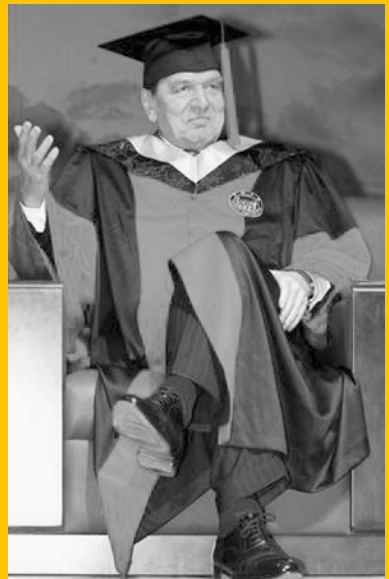
- Buchkritiken:

John Holloway – Die Welt erobern ohne die Macht zu übernehmen

Immanuel Wallerstein – Utopistik

- **Beilage:**

Gilles Dauvé / Karl Nesic
Lieben die ArbeiterInnen die Arbeit?



Das Ende der Entwicklungsdiktaturen? Schröder läßt sich in China feiern.